

### **Weimarer Wahlen in zwei Dörfern des badischen Grenzlandes: der Beitrag kleinräumiger Fallstudien zur Erklärung des Aufstiegs der NSDAP**

Ohr, Dieter; Wild, Anton; Zängle, Michael

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

#### **Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**

Ohr, D., Wild, A., & Zängle, M. (1992). Weimarer Wahlen in zwei Dörfern des badischen Grenzlandes: der Beitrag kleinräumiger Fallstudien zur Erklärung des Aufstiegs der NSDAP. *Historical Social Research*, 17(2), 4-48. <https://doi.org/10.12759/hsr.17.1992.2.4-48>

#### **Nutzungsbedingungen:**

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

#### **Terms of use:**

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

## **Weimarer Wahlen in zwei Dörfern des badischen Grenzlands. Der Beitrag kleinräumiger Fallstudien zur Erklärung des Aufstiegs der NSDAP**

*Dieter Ohr, Anton Wild, Michael Zängle\**

Abstract: Historical analysis of voting behavior has achieved substantial and well corroborated results on the rise of the NSDAP. These studies, usually operating nationwide, may be fruitfully complemented by studies focussing on small regional units, taking nationwide results as a structural background.

In our study we try to analyze by regression methods two exceptions of the general rule that catholic profession protected against Nazi propaganda. Two neighboring villages, consisting almost totally of catholic voters, display nearly perfect »protestant« voting patterns.

Different explanations account for this deviation. Whereas in one of the two villages the success of the NSDAP may be attributed to a mobilizing group of Nazi activists, in the second village the NSDAP managed to become the silent successor of the Landbund, a rural interest party of protestant affinity.

### I. Einleitung

Die letzten zwanzig Jahre historischer Wahlforschung haben unser Wissen über die strukturellen Bedingungen des NSDAP-Aufstiegs in den Weimarer Wahlen auf eine sichere Basis gestellt. Vor allem die Differenzen in den NSDAP-Wahlerfolgen zwischen den einzelnen sozialen Milieus - im Anschluß an Burnham (1972) unterscheidet man das katholische, sozialistische, schließlich das bürgerlich-protestantische Milieu - sind die deutlichsten und am besten fundierten Befunde der modernen historischen Wahlforschung (vgl. vor allem Falter 1991).

---

\* Address all communications to Dieter Ohr, Institut für Soziologie/FB 03, Haus E, Karl-Glöckner-Straße 21, D-6300 Gießen, FRG.

Gleichwohl zeigen die großräumigen, das ganze Deutsche Reich umfassenden Analysen, daß es neben den sozialstrukturellen Erklärungsfaktoren noch Spielraum gibt für zusätzliche Faktoren wie etwa die politische Färbung der Presselandschaft oder die politische Propaganda der Nationalsozialisten. Ebenso wissen wir, daß es regional zum Teil erhebliche Abweichungen vom durchschnittlichen Stimmverhalten gibt. Wie sind solche *regionalen Abweichungen* zu erklären? Wie verhält sich eine alternative Rekonstruktion des Wahlverhaltens zu den herkömmlichen Erklärungsmustern? Kleinräumige Regionalstudien haben genau an dieser Stelle einen sinnvollen Ansatzpunkt. (1) Zudem können sie, ergänzend zu den großräumigen Analysen, die gewissermaßen den strukturellen Rahmen vorgeben (Falter/Börnermann 1991: 297), den Blick stärker auf Akteure und Wirkungsprozesse im regionalen und lokalen Kontext richten (Dann 1983: 653). Um nun das Potential eines kleinräumigen Untersuchungsansatzes ausschöpfen zu können, genügt keinesfalls die intime Kenntnis einer Region oder die minutiöse Charakterisierung der chronologischen Entwicklung einer Gemeinde. Vielmehr gilt es, Hypothesen und empirische Befunde der historischen Wahlforschung systematisch auf den kleinräumigen Kontext zu beziehen. Ein großer Teil der kleinräumigen Studien bleibt jedoch in einer Deskription lokaler Gegebenheiten stecken und kann somit nur schwer zu einer Verklammerung der Ergebnisse großräumiger und kleinräumiger Studien beitragen. (2)

Ein Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchung ist die vielfach bestätigte immunisierende Wirkung des *katholisch-ländlichen Milieus* gegenüber der nationalsozialistischen Propaganda (Burnham 1972). Es soll hier aber nicht untersucht werden, wie und warum das katholisch-ländliche Milieu diese Wirkung besaß. Vielmehr richtet sich unser Interesse gerade auf den Fall eines (teilweisen) *Versagens* dieser immunisierenden Wirkung. Die beiden badischen Rheindorfer Niederhausen und Oberhausen stellen ein solches Beispiel dar. Beide waren praktisch vollständig katholisch (Niederhausen zu 99 Prozent, Oberhausen zu 98 Prozent). Trotzdem wählen beide Dörfer ab der Reichstagswahl vom September 1930 so, wie man das eigentlich von protestantisch geprägten Dörfern erwartet hätte.

Eine erste Fragestellung dieses Aufsatzes richtet sich auf die Bestimmung der Größenordnung der Abweichung vom regionalen Kontext: Wie groß ist, gemessen an einer möglichst exakt bestimmten Norm, die Abweichung im Wahlverhalten beider Dörfer? Diese *Norm* für das Wahlverhalten Niederhausens und Oberhausens bestimmen wir auf der Grundlage eines Erklärungsmodells der NSDAP-Wahl für den übergeordneten Kontext beider Dörfer, den Amtsbezirk Emmendingen. Sodann prüfen wir, ob sich die derart bestimmte *Abweichung* der beiden Hausen vermindern läßt, wenn wir weitere Determinanten der NSDAP-Wahl berücksichtigen.

Abschließend ist zu fragen, wie wir eine sich nicht weiter reduzierbare Abweichung vom übergeordneten Kontext erklären können. (3)

## II. Die Last der Kriegsfolgen im badischen Grenzland

»Durch die Inflation konnten die Schulden der Einwohner, die zum Teil sehr erheblich waren, alle bis auf wenige unkündbare Forderungen getilgt und die Hypotheken gelöscht werden«, heißt es im Tagebuch über die am 18. September 1924 in Niederhausen vorgenommene Ortsbereisung (4). Diese Entschuldung der Landwirtschaft war keine Besonderheit der beiden Häusern. (5) Bis zur Mitte der zwanziger Jahre vollzog sie sich in ganz Baden (vgl. Schäfer 1979: 168-183).

Geldentwertung erleichtert die Entschuldung. Sie hat aber noch ein zweites, weniger freundliches Gesicht, sie entwertet im selben Maß das Betriebskapital. Mangel an Betriebskapital kennzeichnet deshalb die Situation der Landwirtschaft auch nach der Währungsstabilisierung, die mit der Einführung der Rentenmark am 15.11. 1923 eingeleitet wurde. Von vornherein war der Gesamtbetrag der Rentenmark, die in land- und forstwirtschaftlich genutztem Boden die Basis ihrer Deckung hatte, auf zwei Milliarden beschränkt worden, mochte das Kreditverlangen auch noch so groß sein (Bechtel 1967: 421-422). Die Rentenmark wurde 1924 von der Reichsmark abgelöst. Dieser Übergang von der Rentenmark zur Reichsmark ist vor dem Hintergrund der Reparationsforderungen gegenüber dem Deutschen Reich zu sehen. Die Rentenmark war eine reine Binnenwährung. Sie war also für Reparationszahlungen ebenso untauglich wie zur Aufnahme von Auslandsanleihen, auf die das Reich zur Leistung der Reparationszahlungen aber angewiesen war. Der Übergang zur Währungsstabilität ist also gleichzeitig der Übergang zu jener wachsenden Auslandsverschuldung Deutschlands, die die Gegner des Versailler Vertrags von der deutschen Zinsknechtschaft sprechen ließ.

Im Inneren Deutschlands stellte sich die Stabilität der Währung, ihre knapp bemessene Ausgabesumme, in hohen Zinsen dar. Auch das erfahren wir aus dem Tagebuch der Ortsbereisung von Niederhausen. Unmittelbar im Anschluß an die oben wiedergegebene Stelle lesen wir: »Neue Hypotheken sind beim Grundbuchamt bis jetzt nicht eingetragen, doch nur deshalb, weil kein Geld zu bekommen oder wenn solches zwar zu haben ist, nur zu einem unerschwinglichen Zinsfuß«.

Die Entschuldung der Landwirtschaft ist also ein Hinweis auf ihre *Notlage*, in den beiden Häusern ebenso wie in ganz Baden. Man hat *aus Armut keine Schulden*, eben weil man zum Schuldendienst nicht im Stande ist. »In der Gemeinde Oberhausen traf ich ... infolge des schweren, auf der Landwirtschaft lastenden Steuerdrucks, des *Geld- und Kapitalmangels* und

endlich des Wütens der Maul- und Klauenseuche eine gedrückte Stimmung an« (Tagebuch der Ortsbereisung von Oberhausen am 6. Mai 1925, eigene Hervorhebung).

Die kleinen landwirtschaftlichen Familienbetriebe Badens konnten sich nach der inflationsbedingten Entschuldung in der Regel nicht neu verschulden. Aber sie konnten bei ärmlichem Subsistenzbetrieb ohne Kapital überleben. Ganz anders die Situation in den kapitalistisch geführten landwirtschaftlichen Großbetrieben in den östlichen Provinzen Deutschlands. Auch dort hatte die Inflation zur Entschuldung geführt. Aber sie mußte sofort durch eine Neuverschuldung ersetzt werden. Im Osten hieß die Alternative Verschuldung oder Untergang, im Südwesten ärmliche Subsistenzwirtschaft ohne Kapital oder Untergang durch Verschuldung.

Dabei wären gerade auch in Baden Investitionen bitter nötig gewesen. Denn die Landwirtschaft der badischen Rheinebene litt nicht nur allgemein unter den Folgen des Kriegs wie die übrigen Gebiete des Deutschen Reichs. Sie hatte darüber hinaus eine *besondere* Last zu tragen, die Last nämlich, nach der Abtrennung von Elsaß-Lothringen zum *Grenzland* geworden zu sein. Absatzmöglichkeiten im Elsaß gingen verloren. Umgekehrt aber stieg der Importdruck, denn Frankreich konnte aufgrund des Versailler Vertrags bis Anfang 1925 *zollfrei* Landwirtschaftsprodukte zu sehr niedrigen Preisen in die Rheinebene liefern (Schäfer 1979: 173), während umgekehrt die deutsche Ausfuhr nach Frankreich mit hohen Zöllen belegt wurde. Sollte der Ausfall des Elsaß als Absatzgebiet ausgeglichen werden, mußte dieser Absatz *innerhalb* des Reichsgebiets gesucht werden. Hier aber war Baden wegen seiner Randlage nach dem Krieg und der daraus sich ergebenden Frachtkosten im Standortnachteil. Zu der geringen Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe Badens trat also der Unterbietungsdruck durch Frankreich und der innerdeutsche Standortnachteil hinzu. Man versteht vor diesem Hintergrund Enttäuschung und Zorn der Landwirte von Niederhausen, die im Jahr der Weltwirtschaftskrise von ihrer eigenen Kammer unter zusätzlichen Konkurrenzdruck gesetzt werden: »Mißmut ist auch darüber festzustellen, daß seitens der Landwirtschaftskammer für die Metzger im Lande in größerem Umfange Schweine aus Ostpreußen eingeführt werden, während die Schweine der badischen Züchter ungefragt und unverkäuflich bleiben« (Tagebuch der Ortsbereisung Niederhausen vom 4. Juni 1930).

Wenngleich die Zollbefreiung für französische landwirtschaftliche Güter nur bis 1925 andauerte, so hat sie doch die Entwicklung der badischen Landwirtschaft auch danach noch negativ beeinflußt, und die Absatzmärkte westlich des Rheins blieben auch nach dem Auslaufen der Zollbefreiung schwer zugänglich. Diese Sonderlasten aus der Grenzlage und andere Faktoren, die auch für die übrigen Reichsgebiete galten, führten zu einer insgesamt ungünstigen Entwicklung der badischen Landwirtschaft in

der Zeit der Weimarer Republik. Die durchschnittlichen Hektarerträge für Brotgetreide, Gerste, Hafer und Kartoffeln sanken bis Anfang der dreißiger Jahre Jahr für Jahr (Schäfer 1979: 173).

Im Krisenjahr 1930, jenem Jahr, in dem die NSDAP bei den Reichstagswahlen ihren dramatischen Durchbruch schaffte, war die Lage in der Landwirtschaft geprägt von Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit. In der Produktion von Handelsgewächsen war sie von Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit weit entfernt: »Wie fast allerorts so bekam der Landrat auch in der Gemeinde Niederhausen schwere Klagen über die Ungunst der wirtschaftlichen Lage, die insbesondere die Landwirtschaft bedroht und bedrückt, und die Leute fast verzweifelt, mut- und hoffnungslos stimmt, zu hören. Besonders lassen sich die Klagen aus über den Tiefstand der Preise für die landwirtschaftlichen Produkte, für die jegliche Nachfrage mangle, und andererseits über die nicht gerechtfertigte Höhe der Preise, die der Landwirt bei Erwerb der für seine Wirtschaft in Haus und Hof benötigten Erzeugnisse anlegen müsse. So wird zum Beispiel geklagt über den vollkommen darniederliegenden Absatz der vorjährigen Kartoffeln, die, wenn überhaupt einmal eine geringe Nachfrage festzustellen ist, einen Preis - 1 Mark per Zentner - erzielen, der weit unter den Produktionskosten liegt« (Ortsbereisung Niederhausen am 4. Juni 1930). (6)

Diese Preisschere zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnissen war der Grund der zunehmenden Verschuldung der deutschen Landwirtschaft, besonders in den Ostprovinzen, zwischen den beiden Weltkriegen. Sie hat sich auch nach der Währungsstabilisierung nicht geschlossen (Bechtel 1967: 434).

Aber nicht nur in der Landwirtschaft, auch in Industrie, Gewerbe und Handel mußte Baden nicht nur die allgemeinen Folgen des Kriegs und der Wirtschaftskrisen, sondern darüber hinaus besondere Grenzlandprobleme bewältigen. Auch die Industrie sah sich durch den Versailler Vertrag von den Absatzmöglichkeiten westlich des Rheins weitgehend ausgeschlossen. Während vor dem Krieg im Bezirk der Handelskammer Lahr 13 von 19 Nahrungsmittelunternehmen über 30 Prozent in den abgetrennten Gebieten westlich des Rheins absetzten, erreichte nach dem Krieg keines der Unternehmen mehr als 5 Prozent (Lais 1955: 83). Ähnlich drastisch gingen die Bauholzlieferungen in das Elsaß zurück.

Für die beiden Hausen ist hier vor allem die Situation in der Zigarrenindustrie von Belang. Rund 30 Prozent der badischen Zigarrenfabrikation war vor dem Krieg in jene Westgebiete gegangen, die nach dem Krieg abgetrennt wurden (Schäfer 1979: 174). Am Ende der Phase der Zollfreiheit, die der Versailler Vertrag Frankreich eingeräumt hatte, im Jahr 1925, ist die Lage in den Zigarrenfabriken Oberhausens ungünstig: »In der Gemeinde Oberhausen traf ich infolge der Erwerbslosigkeit von 98 Arbeitern und Arbeiterinnen der Cigarrenindustrie, die hier durch die Filialen der

Bremer Cigarrenfabrik, vorm. Biermann und Schörling, Johann Neusch in Herbolzheim und Arnold Schindler G.m.b.H. in Herbolzheim vertreten ist, und der wenig günstigen Aussichten auf eine Besserung der Beschäftigung in der Cigarrenindustrie ... eine gedrückte Stimmung an ... Von den drei Cigarrenfabriken stehen zwei still, die dritte (Bremer Cig.Fbr.) arbeitet jetzt wieder teilweise«. Etwas später scheint in Niederhausen eine ähnliche Entwicklung eingesetzt zu haben. Während wir aus dem Ortsbereisungsprotokoll des Jahres 1924 erfahren, daß alle drei Zigarrenfabriken in Betrieb sind und nur eine einzige Person Erwerbslosenunterstützung bezieht, hat sich die Situation im Jahr 1926 verschlechtert: »Im Ort sind drei Cigarrenfabrikfilialen Neusch, Kahn, Möhringer und eine Spielwarenfabrikfiliale Jacks und Comp., die seit langem alle mit Kurzarbeit arbeiten. Der Ausfall des Lohnes macht sich sehr fühlbar, da zur Zeit über 200 Personen, also ein Viertel der Einwohnerschaft, in der Cigarrenindustrie tätig sind. Die Cigarrenfabrik Neusch will ab 1. Mai wieder voll arbeiten, was sehr begrüßt wird«. Es ist von 18 unterstützten Arbeitslosen die Rede.

Die Hoffnung auf Besserung hat sich zunächst als berechtigt erwiesen. Im Bereisungstagebuch von 1928 wird von der guten Beschäftigung der Zigarrenfabriken berichtet: »Neue Industriezweige haben sich seit der letzten Bereisung in Niederhausen nicht niedergelassen, dagegen sind erfreulicherweise die bestehenden vier (7) Zigarrenfabrikfilialen alle recht gut beschäftigt, ebenso wie die kleinere Spielwarenfabrikniederlage der Firma Jacks u. Comp., welche letztere man besichtigt hat. Dasselbst werden von etwa 10-12 Arbeiterinnen unter Anleitung eines Werkführers ausschließlich Stofftiere verschiedenster Größe, wie Teddybären, Ziegen, Hühner, Enten, Hasen, Hunde etc. aus verschiedenfarbigem Plüschstoff angefertigt. Dieses Spielzeug ist derzeit sehr in Mode bei Groß und Klein, weshalb der Absatz auch dementsprechend ist«.

Ein bißchen also durfte man teilhaben an den Goldenen Zwanziger Jahren, der Zeit des kurzfristigen Aufschwungs zwischen 1924 und 1929 und des fröhlichen Swing. Wenn man sich auch nicht dem Genuß und Spiel hingeben konnte, so war man doch froh, Genuß- und Spielwaren herstellen zu dürfen. Die Weltwirtschaftskrise hat dann selbst diese bescheidene Zufriedenheit zertrümmert: 1930 herrscht wieder Kurzarbeit und Angst vor Erwerbslosigkeit in der Zigarrenindustrie von Oberhausen. »Man muß froh sein, wenn die Betriebe und Filialen überhaupt nicht stillgelegt werden, und nimmt die Kurzarbeit bei diesen Verhältnissen notgedrungen hin« (Tagebuch der Ortsbereisung vom 7. März 1930).

Bei aller Last und Sorge, die Erwerbslosigkeit mit sich bringt, wurde sie doch in der Regel nicht zur existentiellen Bedrohung. Die Folgen von Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit in der ländlichen Zigarrenindustrie konnten durch Nebenerwerbslandwirtschaft abgemildert werden. Im Vergleich zur Situation von Arbeitslosen in der Stadt war Kurzarbeit zwar

Verarmung, war aber leichter hinzunehmen. Nicht nur lieferte die Landwirtschaft die Nahrungsmittel zur eigenen Versorgung. Darüber hinaus lief ein größerer Teil des Lebens auf dem Lande ohne die Vermittlung des Geldes ab (Verwandtschafts-, Nachbarschaftshilfe, Wohnung).

Die Weltwirtschaftskrise, die mit dem Börsenkrach vom 25. Oktober 1929 ihren spektakulären Anfang nahm, traf das Grenzland Baden mit besonderer Härte, denn es war schon mit strukturellen Nachteilen in die Krise hineingegangen. Mit der Abtrennung der Absatzgebiete westlich des Rheins und mit der Einführung einer 50 km breiten entmilitarisierten Zone hat der Versailler Vertrag die Attraktivität der grenznahen badischen Standorte gesenkt. Die Besetzung von Teilen Badens durch französische Truppen im Zusammenhang mit dem Ruhrkampf im Jahr 1923 kam hinzu. Die Rheintallinie der Eisenbahn (Heidelberg-Basel), wichtige Straßen- und Postverbindungen wurden unterbrochen. Das gesamte Wirtschaftsleben war dadurch gelähmt. Der Abtransport von Kohle und Rohstoffen aus den besetzten Gebieten, als Ersatz für angeblich absichtlich verzögerte deutsche Reparationsleistungen, war also nur der sichtbarste Teil des ökonomischen Schadens, den Baden zu tragen hatte. Viele Unternehmen hielten das Grenzgebiet deshalb für unsicher und zogen sich in das Innere des Reiches zurück.

Die Grenzlandlasten führten dazu, daß Baden, dessen Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur ansonsten mit der Württembergs durchaus zu vergleichen war, gegenüber Württemberg den Anschluß verlor. Die Arbeitslosigkeit (Hauptunterstützungsempfänger auf 1000 Einwohner) war gerade in den grenznahen Arbeitsnachweisbezirken Badens (Mannheim, Heidelberg, Weinheim, Bruchsal, Karlsruhe, Rastatt, Baden-Baden, Kehl, Offenburg, Lahr und Freiburg) höher als im Landesdurchschnitt. Der badische Landesdurchschnitt wiederum war höher als der Durchschnitt Württembergs (Schäfer 1979: 178).

### III. Das »Grenzlandproblem« und die Landtagswahl 1929

Das »Grenzlandproblem« in Baden war offenkundig mit dem Versailler Vertrag verbunden. Es gab hier also zusätzliche Gründe, der rechtsgerichteten Agitation gegen die »Erfüllungspolitiker« ein offenes Ohr zu leihen. »Das Gefühl der Ohnmacht gegenüber der aktuellen Wirtschaftskrise mag im Grenzland durch die lebhaften Erinnerungen an die vielen krisenhafte Situationen der zwanziger Jahre, an die besonderen Benachteiligungen in und nach dem Kriege, während der Besetzung 1923/1924 und durch ein Gefühl der Schutzlosigkeit im entmilitarisierten Grenzland verstärkt worden sein und so - alles in allem - der Wahlagitation der Nationalsozialisten den Boden bereitet haben« (Schäfer 1979: 183). Schäfer äußert diesen Zu-



sammenhang als Vermutung. Aber es gibt Erscheinungen im Wahlverhalten, die diese Vermutung stützen können. Besonders lehrreich ist das Beispiel des Amtsbezirks *Kehl*. Gemäß den Waffenstillstandsbedingungen und dem Friedensvertrag von Versailles war Kehl vom 29.1.1919 bis zum 30.6.1930 französisch besetzt. Während des Ruhrkampfes wurde die Besetzung auf Appenweier und Offenburg ausgedehnt. In dieser Gegend ist die Zahl der selbständigen landwirtschaftlichen Betriebe überdurchschnittlich gesunken.

Für die Existenz eines »Grenzlandfaktors«, genauer: eines »Besetzungsfaktors« spricht folgendes: Noch bevor die NSDAP im Jahr 1930 einen Durchbruch bei den Reichstagswahlen erzielt, hat sie in *Baden* bei den Landtagswahlen 1929 bereits einen ihrer ersten Erfolge gefeiert (s. dazu insbesondere Faris 1975, ebenso Burnham 1972: 13, Schaubild 2). Und es ist einzig und allein der Amtsbezirk *Kehl*, in dem die Nationalsozialisten den größten Stimmenanteil unter den Parteien errangen (32 Prozent der gültigen Stimmen gegenüber 22,5 Prozent der SPD und nur 5,7 Prozent des Zentrum; Angaben nach Faris 1975). Kehl stellt sich dar als eine NSDAP-Bastion, umgeben von Amtsbezirken, die das Zentrum massiv unterstützten und die der NSDAP die kalte Schulter zeigten. Kehl und Offenburg sind darüber hinaus die einzigen Amtsbezirke südlich von Karlsruhe, in denen die NSDAP bei den Landtagswahlen von 1929 mehr als 7 Prozent der Stimmen erreichen konnte. So wie Kehl Brückenkopf der Franzosen, so ist es Brückenkopf der NSDAP.

Allerdings spielt in dieser Stellung Kehls nicht nur die französische Besetzung eine Rolle. Es kommt hinzu, daß der Amtsbezirk Kehl fast rein evangelisch ist. Der Anteil der Katholiken ist hier mit nur 12 Prozent so niedrig wie nirgends sonst in Baden. Daneben ist der ländliche Charakter Kehls zu berücksichtigen. In ländlichen evangelischen Gebieten aber schneidet die NSDAP nach praktisch allen vorliegenden wahlhistorischen Untersuchungen (vgl. etwa Weber 1969, Hänisch 1983, Falter 1991) grundsätzlich am besten ab.

Aber das NSDAP-Bollwerk Kehl erklärt sich nicht über die Konfession und den ländlichen Charakter des Amtsbezirks allein. Hinzu tritt der politische Wille der badischen NSDAP, diese günstigen Voraussetzungen zu einer organisatorischen Verankerung ihrer Parteiarbeit zu nutzen. Die NSDAP-Parteiführung in München hatte aus der Reichstagswahl 1928 gelernt. Man hatte festgestellt, daß die Partei nicht wie geplant bei der städtischen Arbeiterschaft, sondern vor allem auf dem Land hinzugewonnen hatte. Als Konsequenz verlagerte man die Parteiarbeit stärker auf das Land (Gies 1967, Orlow 1969, Faris 1975: 159, Stachura 1978). (8) Ausbau der 1928 erkennbaren Einflußgebiete war nun die Strategie. Unter den Ortsgruppen, die im »Führer«, dem badischen Organ der NSDAP, besonders häufig erwähnt wurden, befindet sich auch Kehl. Kehl bot sich nicht

nur wegen der wahlanalytisch günstigen Voraussetzungen zur verstärkten Ortsgruppenarbeit an. Es war auch der symbolische Ort für die wahlstrategische Verbindung der Kampagne zum Volksentscheid gegen den Young-Plan (9) mit dem badischen Wahlkampf. Aus einem Schreiben von Gregor Strasser an den badischen Gauleiter Wagner geht hervor, daß die Koordinierung der beiden Kampagnen von der Münchner Parteiführung ausdrücklich vorgesehen war (Faris 1975: 160).

Die Landtagswahl fand am 27. Oktober statt. Im Juli hatten sich Nationalsozialisten, DNVP, Stahlhelm und Alldeutsche zur Organisation des Volksbegehrens gegen die »Versklavung des deutschen Volks«, das sich gegen den Young-Plan richtete, zusammengefunden. Der NSDAP wuchsen über diesen Zusammenschluß Geld und das Ansehen einer politisch hoffähigen Macht zu. Beides konnte bis zum Wahltermin im Oktober in die Waagschale geworfen werden. (10)

Hätte es den Brückenkopf Kehl nicht gegeben, man hätte ihn aus Sicht der NSDAP erfinden müssen. Wo versprach die Verbindung des Kampfs gegen Zinsknechtschaft und Reparationen mit dem Landtagswahlkampf größere Früchte als hier? Wo konnte die immer wieder und wieder aufgestellte Behauptung der badischen NSDAP eher auf Glauben stoßen, Frankreich sei nicht nur zum gewaltsamen Abtransport von Sachleistungen imstande, sondern werde den Müttern ihre Söhne gewaltsam entreißen, um sie die Reparationen im fernen Ausland erarbeiten zu lassen? Mochte der Innenminister Badens solche Behauptungen auch als wider Recht und Ordnung gerichtet verbieten, sie erregten Aufmerksamkeit gerade darüber, daß sie gegen dieses Verbot wiederholt wurden. In den grenznahen Gebieten, besonders aber in Kehl und in Offenburg, hatte man die Unerbittlichkeit französischer Reparationspolitik fürchten gelernt. Man hatte sie hautnah und augenfällig erlebt. Wenn nicht hier, wo sonst konnte die Saat der NS-Agitation aufgehen?

So mußte sich die Strategie aus der Sicht der NSDAP darstellen. Sie war, zumindest was die Landtagswahl betrifft, zum Teil erfolgreich. Das Volksbegehren gegen den Young-Plan im Dezember 1929 erreichte in Baden zwar noch weniger Zustimmung (5,5 Prozent) als allgemein (13,8 Prozent). Es gibt jedoch einen engen Zusammenhang zwischen Zustimmung zum Volksbegehren und NSDAP-Wahl. Amtsbezirke, die überdurchschnittlich häufig dem Volksbegehren gegen den Young-Plan zugestimmt haben, zeigen in der Regel auch überdurchschnittliche NSDAP-Stimmenanteile bei der Wahl zum Landtag (Faris 1975: 170).

Unter dem unmittelbaren Eindruck des Börsenkrachs in New York, der die Weltwirtschaftskrise sichtbar macht (11), findet dann jene Landtagswahl in Baden statt, in der die Nationalsozialisten einen ihrer ersten Erfolge verbuchen. Arbeitslosigkeit kommt als Erklärung dieser Erfolge nicht in Betracht. Die NSDAP hat gerade dort, wo die Arbeitslosigkeit hoch ist, die schlechteren Ergebnisse (s. etwa Falter 1991: 296-314).

Nicht die Armut und Entwurzelung des Einzelnen, sondern die Außenverschuldung Deutschlands durch die Siegermächte, also die nationale Verwurzelung des Einzelnen, machen den Grund der Zustimmung zur NSDAP-Programmatik aus. Wo der politische Katholizismus diesen Nationalismus nicht mäßigt und den bürgerlichen National- und Standesstolz aufgreift, wo die DNVP als politische Kraft zerfällt, dort tritt die NSDAP mit organisatorischer Effektivität und agitatorischem Einfallsreichtum das nationalistische Erbe an.

Die Deutschnationalen waren die großen Verlierer der Badenwahl 1929. Ihre Niederlage war der Sieg der NSDAP. Das gilt auch für den Amtsbezirk Kehl. In der Landtagswahl 1925 erzielte die DNVP noch einen hohen Stimmenanteil, der in der Reichstagswahl von 1928 auf Splitterparteien zerfiel, um dann 1929 zum NSDAP-Reservoir zusammengefaßt zu werden (Faris 1975: 166).

Wenn es einen Grenzlandeffekt gibt, dann also nicht in einem unmittelbar ökonomischen Sinn. Es ist vielmehr die politische Deutung der Grenzsituation im protestantisch-bürgerlichen Lager, in die sich eine antifranzösische Stimmung gut einfügt. »Mit seiner erklärten Franzosenfeindschaft traf der Nationalsozialismus dabei auf eine ebenso tief verwurzelte Grundstimmung in Deutschland wie mit seinem Antisemitismus«, schreibt Sigmund Neumann im Jahr 1932. Noch mehr mag diese Grundstimmung dort angerührt worden sein, wo Frankreich als unerbittlich fordernde Siegermacht erlebt wurde.

Auch in der Reichstagswahl vom Juli 1932, die der NSDAP den höchsten Stimmenanteil unter allen freien Reichstagswahlen brachte, zeigt sich zunächst ein Grenzlandmuster. Alle drei südbadischen Amtsbezirke, in denen die NSDAP im Juli 1932 über 44 Prozent der Stimmen erreichte, sind grenznah: Kehl, Emmendingen und Müllheim. Aber Grenznähe allein genügt offensichtlich nicht, denn es gibt auch grenznahe Amtsbezirke, in denen die NSDAP schlecht abschneidet, so zum Beispiel Staufen. Hinzukommen muß der konfessionelle Faktor. Der Amtsbezirk Kehl ist fast schon geschlossen protestantisch, Müllheim zu zwei Dritteln, Emmendingen zu etwas mehr als der Hälfte (Faris 1975: 146). Der fast geschlossen katholische Amtsbezirk Staufen zeigt demgegenüber, obwohl grenznah gelegen, nur geringe Neigung zur NSDAP. Ein Drittes kommt hinzu. In allen drei Amtsbezirken ist der Anteil der Selbständigen hoch. In das relativ geschlossene Milieu des protestantischen Kleinbauerntums, durch den Niedergang des Liberalismus und der Deutschnationalen parteipolitisch verwaist, dringt der Nationalsozialismus besonders tief ein. Die unmittelbare Grenznähe der drei NSDAP-Amtsbezirkshochburgen ist demgegenüber eher zufällig.

Es ist also in erster Linie die bewußte Entscheidung der NSDAP, antifranzösische Stimmungen dort aufzugreifen, wo man ohnehin besonders

leicht Fuß fassen konnte. Kehl bot nun alles: Protestantismus, Kleinbauerntum und einen hohen antifranzösischen Symbolwert. In Kehl erzielte NSDAP-Erfolge hatten von vornherein eine antifranzösische Ausstrahlung.

#### IV. Exemplarische, kleinräumige Analyse

##### 1. Die beiden Dörfer im Kontext ihres Landkreises

Was die Reichstagswahlen (12) in Ober- und Niederhausen betrifft, so erkennt man sofort, daß hier der Ausgangspunkt der NSDAP weit ungünstiger lag als in einem evangelischen Dorf des Hanauer Lands. Beide Dörfer sind katholisch. In katholisch-ländlichen Gebieten aber tat sich die NSDAP am schwersten, während sie in evangelisch-ländlichen Gebieten ihre Triumphe feierte (vgl. etwa Hänisch 1983, Falter 1991). Außerdem, mit der Konfession zusammenhängend, stellten hier die Deutschnationalen kein allzu großes Reservoir dar, das die NSDAP hätte beerben können. Trotzdem gelingt es den Nationalsozialisten, in beiden Gemeinden ab der Reichstagswahl 1930 Fuß zu fassen. Schon im Juli 1932 ist die NSDAP stärkste Partei in der Gemeinde Oberhausen, im November 1932 schließlich auch in Niederhausen. Die Tabellen Ia bis Id zeigen die Wahlentwicklung der beiden Hausen für die wichtigsten Parteien (einschließlich der Gruppe der NichtWähler).

Neben der organisatorischen Schwäche der Deutschnationalen gab es für die NSDAP nach 1928 noch einen zweiten Angriffspunkt: die *berufsständischen Vertretungen der Landwirtschaft* und deren *parteipolitische Verlängerungen*. Hier scheint - wie im folgenden gezeigt werden soll - ein wichtiger Schlüssel für das Verständnis des Wahlverhaltens der beiden Hausen während der Weimarer Republik zu liegen.

Die NSDAP hatte begonnen als *sozialistische* Partei, die sich in erster Linie an national gesinnte *Arbeiter* richtete. Nachdem schon im Wahlkampf zur Reichstagswahl 1928 sichtbar wurde, daß diese Zielgruppe nicht im erwünschten Umfang erreicht werden konnte, daß aber statt dessen auf dem Land Erfolge möglich waren, wurde das Parteiprogramm entsprechend geändert (Stachura 1978: 79-80). Die Enteignungsforderungen, die es enthalten hatte, wurden so abgeschwächt, daß künftig nur noch *unrechtmäßig* erworbener Boden für gemeinnützige Zwecke enteignet werden konnte (Gies 1967: 341). (14)

Von 1930 an ging die NSDAP dazu über, den »agrarpolitischen Apparat« aufzubauen, mit dem es ihr binnen Jahresfrist gelang, die Landwirtschaftskammern zu unterwandern und sich auf diesem Weg die Anerkennung als offizielle »Bauernpartei« durch den Reichslandbund zu erzwingen (Gies

Tabelle 1a: Reichs tags Wahlergebnisse für Oberhausen, Teil I<sup>13</sup>

Partei (a)	Wahl			
	1920	1924 I	1924 II	1928
Zentrum	52,2	41,2	50,0	37,2
SPD	3,6	0,9	1,7	2,2
DDP	1,7	1,2	2,2	1,5
DVP	2,3	0,5	2,5	1,1
DNVP	0,9	2,2	1,8	1,1
Landbund	—	7,1	3,3	2,8 (b)
KPD	0,1	0,9	0,6	1,2
NSDAP	—	0,4 (c)	0,1 (d)	0,1
Nichtwahl	38,6	45,2	37,1	50,5

a Die Tabellen 1a bis 1d weisen die *Prozentanteile der Parteien an den Wahlberechtigten* aus. Auch im folgenden werden die Parteistimmen stets auf die Wahlberechtigten prozentuiert.

b Deutsche Bauernpartei + Christl.-Nationale Bauern- u. Landvolkpartei

c Völkisch-Sozialer Block

d Nationalsozialistische Freiheitsbewegung

1967: 368). Neben den Deutschnationalen waren nun die Nationalsozialisten der zweite politische Arm des größten Bauernverbands Deutschlands (Dezember 1931). Über den »agrarpolitischen Apparat« gelang es außerdem, die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei (Landvolkpartei) zu schwächen und bis zur Novemberwahl 1932 aus dem Reichstag zu vertreiben.

»Es darf keinen Hof, kein Gut, keine Genossenschaft, keine landwirtschaftliche Industrie, keinen Landbundkreis, keinen ländlichen Reiterverein usw. usw. geben, wo wir nicht mindestens unsere Landwirtschaftlichen Vertrauensleute derart maßgeblich hineingebracht haben, daß wir nicht sofort das ganze Leben dieser Gebilde politisch lahmzulegen vermöchten« (Zitat nach Gies 1967: 347), schrieb im November 1930 (15) der Leiter des »agrarpolitischen Apparats« und spätere Reichsbauernführer (Reichsmi-

Tabelle 1b: Reichstagswahlergebnisse für Niederhausen, Teil 1

Partei	Wahl			
	1920	1924I	1924II	1928
Zentrum	45,3	23,4	37,8	66,0
SPD	2,8	1,8	2,3	1,4
DDP	2,5	0,2	0,7	0,7
DVP	0,7	0,2	0,2	0,3
DNVP	3,4	0,2	0,5	0,2
Landbund	—	17,1	9,5	4,1
KPD	0,0	0,4	0,5	0,9
NSDAP	—	0,0	0,0	0,0
Nichtwahl	45,0	56,5	47,1	25,5

Tabelle 1c: Reichstagswahlergebnisse für Oberhausen, Teil 2

Partei	Wahl			
	1930	1932I	1932II	1933
Zentrum	49,0	34,5	30,0	23,9
SPD	3,0	1,2	0,8	0,7
DVP	2,8 (a)	0,1	0,4	0,1
DNVP	1,5	0,8	0,8	2,0 (b)
Landbund	—	—	—	—
KPD	0,6	0,7	1,0	0,2
NSDAP	15,5	37,6	42,4	57,6
Nichtwahl	24,3	24,3	24,3	14,8

a Die DVP bildete 1930 in Baden eine Einheitsliste mit der Deutschen Staatspartei DSfP.

b Kampffront Schwarz-weiß-rot

Tabelle 1d: Reichstagswahlergebnisse für Niederhausen, Teil 2

Partei	Wahl			
	1930	1932I	1932II	1933
Zentrum	37,7	43,0	34,0	37,0
SPD	1,8	3,9	2,8	1,5
DVP	1,2	0,2	0,0	0,0
DNVP	0,7	0,3	0,2	0,3
Landbund	-	-	-	-
KPD	0,3	1,3	2,0	0,3
NSDAP	11,5	30,0	34,7	40,2
Nichtwahl	46,3	20,4	25,7	20,3

Tabelle 2: Landwirtschaftliche Interessengruppen und ihre politische Vertretung

Bauernverband	politischer Arm
Reichslandbund (insgesamt Übergewicht der Großagrarier)	
Großagrarier des Ostens	DNVP
Mittel- und Kleinbetriebe	Landbund, DNVP Landvolkpartei
Mittel- und Kleinbetriebe	NSDAP
Deutsche Bauernschaft Vereinigung der Deutschen Christlichen Bauernvereine Mittel- und Kleinbetriebe	Zentrum

nisterium für Ernährung und Landwirtschaft) Darré an die landwirtschaftlichen Fachberater (Funktionäre des »agrarpolitischen Apparats«).

Einige Monate später war der Badische Landbund mürbe. Am 1. April 1931 kam es zu einer Vereinbarung zwischen NSDAP und Badischem

Landbund, gemäß der der Landbund jede parteipolitische Betätigung aufgibt, die NSDAP als die politische Vertretung in den Parlamenten anerkennt und NSDAP und Landbund die Zulässigkeit wechselseitiger Mitgliedschaft feststellen (Gies 1967: 364).

Begleitet war die Unterwanderung, Zähmung und Lähmung landwirtschaftlicher Interessen Organisationen vom Aufbau einer nationalsozialistischen Bauern presse. Seit September 1931 gab es die überregionale Wochenzeitung »Nationalsozialistische Landpost«. In den Gauzeitungen (im Gau Baden »Der Führer«, »Der Alemanne«) gab es landwirtschaftliche Beiblätter, und der »Völkische Beobachter« reservierte seit April 1931 eine Seite für die Landwirtschaft (Gies 1967: 352).

Am 22. März 1925 hatte Robert Wagner den Gau Baden gegründet (Bräunche 1977: 340). »Der Führer« erschien seit November 1927 und verfolgte von Anfang an den Kurs einer integrationistischen Volkspartei, die das national gesinnte deutsche Volk über Stände und Klassen hinweg einen wollte. Ausgegrenzt und angegriffen wurden selbstverständlich die Marxisten und die Juden. Unter der Rubrik »Die Kommenden« richtete sich »Der Führer« an die Jugend, »Bundschuh und Hakenkreuz« wandte sich an die Bauern, »Zwischen Weltfinanz und Proletariat« schürte die Ängste des abstiegsbedrohten Mittelstands, und »Hammer und Faust« suchte die Auffassungen der Arbeiter aufzugreifen und zu bestätigen (Farris 1975: 158).

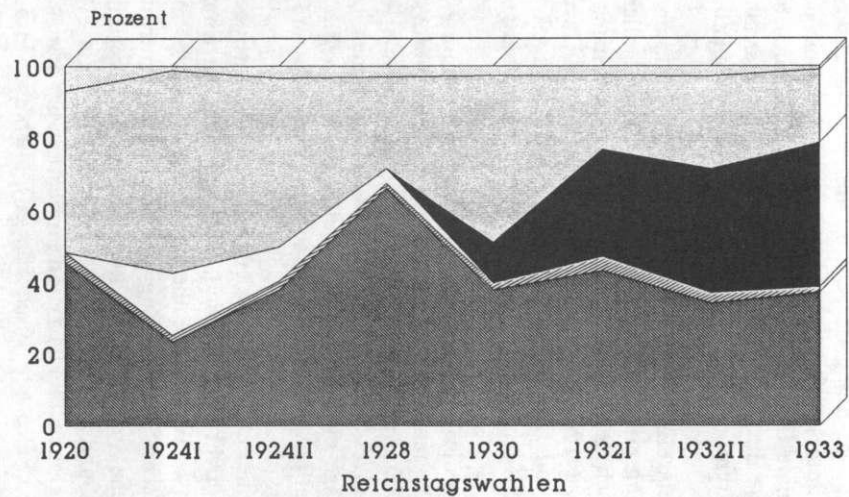
Im Gegensatz zwischen ostelbischem Agrarkapitalismus und Kleinbauerntum, der die gesamte Weimarer Zeit durchzieht und der die Grundlage der Zerstrittenheit und Zersplitterung landwirtschaftlicher Interessenvertretung und ihrer Politisierung abgab, hat sich die NSDAP, reichsweit betrachtet, opportunistisch verhalten. (16) Sie griff die Unzufriedenheit der Bauern mit ihren Kammern und mit den ewigen Streitereien der Interessenvertretungen auf und empfahl sich als *einigende und ordnende Kraft*, stellte sich aber *gegen die Übermacht der Großen*. Ressentiments gegen die Politik der Kammern und der Interessengegensatz von Kleinbauerntum und Großagrariern (17) wurden aufgegriffen, etwa indem Osthilfeskandalen und Fällen der Korruption in landwirtschaftlichen Organisationen breiter Raum gegeben wurde (Gies 1967: 358).

Besonders in Niederhausen, weniger stark auch in Oberhausen, gab es in den beiden Reichstagswahlen von 1924 ein Reservoir an Wählern, die sich auf Kosten des Zentrum in erster Linie an ihren landwirtschaftlichen Interessen orientierten (Abbildung 1).

In der ersten Wahl des Jahres 1924 erreichte der *Landbund* in Niederhausen 17,1 Prozent der Wahlberechtigten. Diese Reichstagswahl vom 4. Mai wird als »Inflationwahl« bezeichnet. Die Inflation selbst, entstanden aus der Finanzierung des Kriegs über die Notenpresse und nochmals drastisch beschleunigt durch eine entsprechende Finanzierung des passiven



Abbildung 1: Wahrentwicklung  
Niederhausen



Zentrum	SPD	Landbund
NSDAP	Nichtwähler	Sonstige

In Prozent der Wahlberechtigten

Widerstands im Ruhrkampf, hat einerseits weite Bevölkerungskreise kalt enteignet, sie hat auf der anderen Seite Inflationsgewinnler entstehen lassen. Die Herstellung der Währungsstabilität setzte die Reduzierung des Haushaltsdefizits voraus, die ihrerseits nur über eine Verschärfung des Steuerdrucks möglich war. Sowohl die Inflation als auch ihre Überwindung mußten so zu einem Kampf der Kapitalfraktionen, der Klassen und Schichten über die Verteilung der Lasten führen. Da unterschiedliche Wirtschaftszweige unterschiedlich regional konzentriert sind, nahm dieser Kampf auch regionale Gegensätze auf, bis hin zum Rheinischen Separatismus. Hitler hoffte diese Gegensätze zu nutzen und unternahm mit Ludendorff am 8. November 1923 den Putsch im Bürgerbräukeller in München.

Auch Baden erlebt ein unruhiges Jahr. Neben den funktionsunfähigen gesetzlichen Zahlungsmitteln kursierte dort der »Baden-Dollar« als Notgeld. Kommunistisch gesteuerte Unruhen in Lörrach führten zu einem Polizeieinsatz, der zwei Menschenleben forderte und neue Unruhen, auch in Emmendingen und Lahr, nach sich zog. Am 18. und 19. September mußte die badische Regierung den Ausnahmezustand verhängen (Schäfer 1979: 180).

Dieser Kampf um die Verteilung der Inflationslasten konnte sich in der Weimarer Republik nahezu ungebrochen über politische Wahlen Ausdruck verschaffen. Das reine Verhältniswahlsystem und die Regelungen des Reichswahlgesetzes, die es auch Interessenverbänden gestatteten, Reichswahlvorschläge einzubringen (18), bildeten hierzu die Voraussetzung. In der »Inflationswahl« konnten so die Interessen- und Regionalparteien großes Gewicht erlangen.

Daß überhaupt eine Interessenpartei, der Landbund, in den beiden Hausen auftrat, ist also nicht überraschend. Das entspricht der Charakteristik der »Inflationswahl«. Wohl aber überrascht das Ausmaß, in dem der Landbund in Niederhausen zum Zug kam. Denn das Zentrum verstand sich als die politische Vertretung der katholischen Bevölkerung auch des Landes. Der Landbund dagegen vertrat in der Regel die evangelische Landbevölkerung (s. auch Tabelle 7) und erreichte in der ersten Wahl 1924 dort Werte bis zu 63,5 Prozent (Bischoffingen), blieb aber in den katholischen Dörfern des Amtsbezirks mit wenigen Ausnahmen vollkommen bedeutungslos. Fast schon möchte man diese »evangelische« Abweichung Niederhausens aus seiner Geschichte begreifen, hat es doch mit dem Wechsel seiner Herrn auch mehrmals die Konfession gewechselt (vgl. Wild 1992).

Wie allgemein im Kreis Emmendingen verliert der Landbund in der zweiten Reichstagswahl von 1924, im Dezember, auch in Niederhausen Stimmen und taucht bei der Reichstagswahl von 1928 nicht mehr auf. (19) In Niederhausen scheint das Zentrum die »abtrünnigen« Bauern (wieder)

gewonnen zu haben. Dessen Anteil an den Wahlberechtigten klettert 1928 wieder auf 66 Prozent.

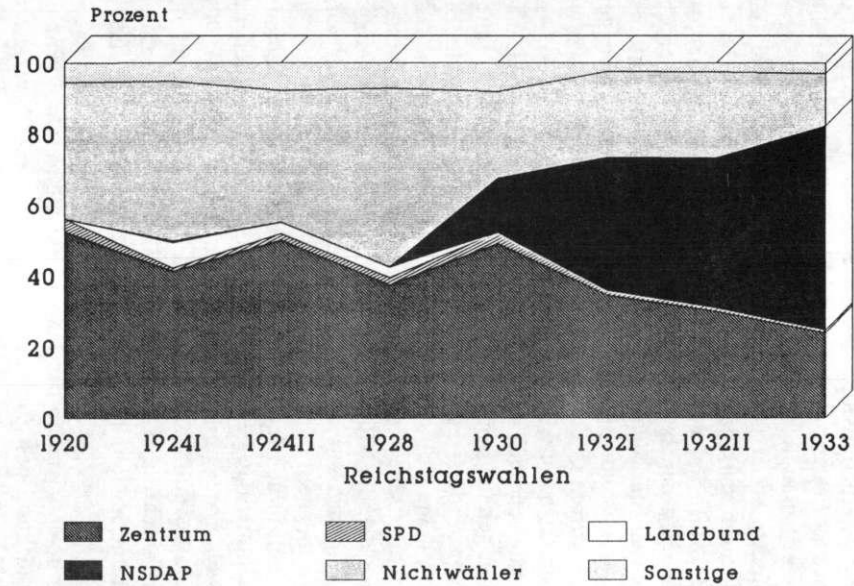
Auch in Oberhausen finden sich Anzeichen einer geringeren Bindungskraft des Zentrum als dies sonst im katholischen Dorf üblich war (Abbildung 2). (20) Zwar ist Oberhausen nicht so empfänglich für das Werben des »evangelischen« Landbundes, fällt aber in den Wahlen der dreißiger Jahre besonders bereitwillig vom Zentrum ab. 1933 erreicht das Zentrum nur noch 23,9 Prozent, während es sich in Niederhausen bei immerhin 37,0 Prozent behauptet. Es liegt damit in Niederhausen sogar um fast 14 Prozentpunkte höher gegenüber dem Ergebnis vom Mai 1924. In Oberhausen dagegen sank das Zentrum von 41,2 Prozent (1924I) auf 23,9 Prozent (1933), also um über 17 Prozentpunkte. Was immer diesen Unterschied zwischen den beiden Hausen erklären mag, beider Einwohner erweisen sich aus der Sicht des Zentrum als unsichere Kantonisten. Niederhausen läßt sich vor 1928 in beachtlichem Umfang von der »evangelischen« Konkurrenz, dem Landbund, vertreten, Oberhausen wechselt nach 1930 besonders bereitwillig zur NSDAP.

Wie genau sich der Einfluß des »agrapolitischen Apparats« in den beiden Hausen geltend gemacht hat, wissen wir noch nicht. Schon 1928, also bevor dieser Apparat aufgebaut wird, spielen landwirtschaftliche Interessenparteien keine Rolle mehr. Deren ehemalige Wähler müssen sich 1928 eine neue politische Heimat suchen. Erst jetzt, nach dieser Reichstagswahl, kann sich die NSDAP mit ihrem Versuch, den Landbund zu entpolitisieren und sich selbst zum politischen Anwalt landwirtschaftlicher Interessen zu machen, in Szene setzen.

Es gibt nun in der Tat im Amtsbezirk Emmendingen einen engen positiven Zusammenhang zwischen der Entscheidung für den Landbund im Jahr 1924 einerseits und der Entscheidung für die NSDAP in den Wahlen der Jahre 1930 und 1932 andererseits. Wo der Landbund im Jahr 1924 relativ gut abschnitt, schneidet die NSDAP ab 1930 ebenfalls gut ab, wo der Landbund im Jahr 1924 schwach war, ist es ab 1930 auch die NSDAP (Tabelle 3).

Für die beiden Wahlen des Jahres 1932 ergibt sich nochmals eine deutliche Verstärkung des Zusammenhangs. Eine rein bivariate Betrachtung solcher zeitverzögerter Korrelationen würde allerdings außer acht lassen, daß, wie schon erwähnt, der Landbund sich insbesondere an die evangelische Landbevölkerung wandte. Für Katholiken war daher die Wahl des Landbunds grundsätzlich nicht attraktiv: In unserem Datensatz schlägt sich dies in negativen Korrelationen zwischen dem Katholikenanteil und dem Anteil des Landbunds an den Wahlberechtigten nieder (1924I: -65, 1924II: -72). Ebenso zeigt sich auch für unsere Untersuchungsregion der bekanntermaßen stark negative Zusammenhang zwischen Katholikenanteil und NSDAP-Wahl (s. Tabelle 7), das heißt, sowohl Landbund als auch

Abbildung 2: Wahlentwicklung  
Oberhausen



In Prozent der Wahlberechtigten

Tabelle 3: Zusammenhang zwischen der Wahl des Landbunds im Jahre 1924 und der Wahl der NSDAP ab 1930\*

Landbund	NSDAP		
	1930	1932I	1932II
1924I	+58	+72	+71
1924II	+62	+78	+76

a Zusammenhangsmaß bei dieser und den folgenden Tabellen ist, soweit nicht anders erwähnt, der einfache bivariate Korrelationskoeffizient. Die Untersuchungseinheiten wurden vorher mit der jeweiligen Einwohnerzahl (Wohnbevölkerung nach Volkszählung 1925) gewichtet, die GewichtungsvARIABLE ist normiert auf den Mittelwert 1,0. Die Koeffizienten wurden mit 100 multipliziert und auf zwei Stellen gerundet.

Anzahl der Gemeinden: 44 (vgl. den Anhang)

die NSDAP waren in protestantischen Gemeinden besonders erfolgreich. Um also die Möglichkeit der »Scheinkausalität« auszuschließen, muß die konfessionelle Prägung der Gemeinden statistisch kontrolliert werden. Dazu berechnen wir die zeitverzögerten *Partialkorrelationen* zwischen der Wahl des Landbunds im Jahr 1924 und der Wahl der NSDAP ab 1930 bei Kontrolle des Katholikenanteils und bereinigen somit den fraglichen Zusammenhang um den Einfluß der Konfession.

Tabelle 4: Zusammenhang zwischen der Wahl des Landbunds im Jahre 1924 und der Wahl der NSDAP ab 1930 bei Kontrolle des Katholikenanteils

Landbund	NSDAP		
	1930	1932I	1932II
1924I	+51	+43	+46
1924II	+59	+48	+51

Anzahl der Gemeinden: 44 (gewichtet mit Einwohnerzahl)

Wie Tabelle 4 zeigt, bleibt der positive Zusammenhang zwischen der Wahl des Landbunds 1924 und der späteren Wahl der NSDAP ab 1930 in

leicht abgeschwächter Form erhalten, wenn wir den Einfluß der konfessionellen Prägung statistisch kontrollieren. Besonders in Niederhausen könnte demnach der NSDAP-Erfolg zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß sich die NSDAP glaubhaft als die politische Vollstreckerin eines seinerseits entpolitisierten Landbunds präsentierte. In geringerem Umfang könnte dies auch für Oberhausen zutreffen. Beide Deutungen wollen wir in Abschnitt IV.2 überprüfen.

Neben dem Erfolg des Landbunds insbesondere in Niederhausen fällt bei der Betrachtung der Abbildungen 1 und 2 ein weiteres auf: Sowohl Niederhausen als auch Oberhausen haben gegen Mitte der zwanziger Jahre sehr hohe Nichtwähleranteile, umgekehrt also eine sehr geringe Wahlbeteiligung. Auch die hohe Wahlenthaltung könnte - ähnlich wie die Wahl des »evangelischen« Landbunds - Indiz für eine schwache Parteibindung zur Zentrumsparterie als auch ein zeitlicher Vorlauf für die Wahl der Nationalsozialisten sein. Wahlenthaltung wäre dann neben der Wahl einer Interessenparterie eine zweite, vermutlich »weichere«, Form der Protestwahl, die ebenso die spätere Wahlentscheidung zugunsten der NSDAP erleichtert hätte. Vergleichen wir zu einer ersten Überprüfung dieser Thesen Tabelle 5.

Tabelle 5: Zusammenhang zwischen dem Anteil der Nichtwähler bei den Wahlen 1924I bis 1930 und der Wahl der NSDAP ab 1930

	NSDAP		
	1930	1932I	1932II
Nichtwähler			
1924I	+01	+10	+10
1924II	+19	+09	+08
1928	+24	+41	+34
1930		+29	+27

Anzahl der Gemeinden: 44 (gewichtet mit Einwohnerzahl)

Tabelle 5 scheint die Vermutungen zu bestätigen: Dort, wo in den zwanziger Jahren die Nichtwähleranteile überdurchschnittlich hoch waren, ist ab 1930 die NSDAP besonders erfolgreich. Die Zusammenhänge sind allerdings deutlich geringer, als dies für den Landbund in Tabelle 3 der Fall war. Da aber sowohl der Anteil der Nichtwähler als auch der NSDAP-Anteil negativ mit dem Katholikenanteil zusammenhängen - in protestantischen Gemeinden war demnach sowohl die Zustimmung zur NSDAP als auch die Wahlenthaltung überdurchschnittlich -, könnte wiederum eine Scheinkausalität vorliegen. Tabelle 6 scheint genau dies zu

belegen. Die sehr niedrigen Partialkorrelationen weisen darauf hin, daß die Wahlenthaltung in den zwanziger Jahren wohl doch kein eigenständiger Faktor zur Erklärung der NSDAP-Wahl im Amtsbezirk sein kann.

Tabelle 6: Zusammenhang zwischen dem Anteil der Nichtwähler bei den Wahlen 1924I bis 1930 und der Wahl der NSDAP ab 1930 bei Kontrolle des Katholikenanteils

	NSDAP		
	1930	1932I	1932II
Nichtwähler			
1924I	-01	+07	+07
1924II	+16	-01	+01
1928	+11	+07	+04
1930		+08	+09

Anzahl der Gemeinden: 44 (gewichtet mit Einwohnerzahl)

Eine große Gruppe von Wählern in Niederhausen, eine weniger große Gruppe in Oberhausen, stand in den mittleren zwanziger Jahren unter dem Druck sich widersprechender Loyalitäten. Konfessionell waren sie der katholischen Kirche verbunden, ihre bäuerlich-ständischen Interessen aber sahen sie besser durch den Landbund vertreten, der im evangelischen Milieu verwurzelt war. Diese Spaltung zwischen religiöser und politischer Bindung, zwischen zwei Bindungen, die sonst als geschlossene Einheit auftraten, schuf ein Potential an Wechselwählern, denen im Jahr 1928, und manchen auch noch im Jahr 1930, das Zentrum nur als »Zwischenwirt« diente. Sie gingen dem Zentrum 1930 oder 1932 wieder zugunsten der NSDAP verloren. Von dem Druck der Spaltung von religiöser Bindung und politischer Orientierung konnten sich die (Wechsel-)Wähler, die sich 1930 für die NSDAP entschieden, nur bis 1930, als sich die NSDAP konfessionell erstmals strukturierte, befreien. Von 1932 an macht sich der protestantische Stallgeruch der NSDAP dann klar bemerkbar (vgl. Tabelle 7).

Die Abschwächung des Zusammenhangs zwischen SPD-Anteil und Katholikenanteil von -40 (1920) auf -19 (1932I) bedeutet, daß die Konzentration von SPD-Erfolgen auf protestantische Gemeinden abnimmt. Die SPD des Amtsbezirks Emmendingen beginnt während der Weimarer Republik überkonfessionell zu werden. Zu beachten ist außerdem die klar protestantische Verankerung des Landbunds bei den Wahlen 1924I und 1924II.

Wo der Industriearbeiteranteil der Gemeinden hoch ist, ist auch der SPD-Anteil hoch. Dieser Zusammenhang schwankt in seiner Stärke, bleibt aber durchgängig bestehen. Das Zentrum zeigt dagegen keine Klassen-

Tabelle 7: Ausmaß des Zusammenhangs zwischen dem Katholikenanteil und den Wahlberechtigtenanteilen der Parteien

RT-Wahl	Partei					
	SPD	Zentrum	DNVP	NSDAP	Landbund	NichtWähler
1920	-40	+94	-60	/	/	-18
1924I	-21	+ 86	-43	-10	-65	-08
1924II	-26	+ 89	-48	-27	-72	-11
1928	-21	+90	-62	-01	-20 (a)	-44
1930	-23	+91	-59	-33	/	-29
1932I	-19	+ 93	-64	-83	/	-10
1932II	-19	+91	-64	-70	<i>I</i>	-10

Anzahl der Gemeinden: 44 (gewichtet mit Einwohnerzahl)

a Deutsche Bauernpartei + Christi.-Nationale Bauern- u. Landvolkpartei

Spezifik. Der Zusammenhang löst sich auf, wenn wir den konfessionellen Einfluß kontrollieren (ohne Tabelle). Die NSDAP hat vor allem 1930 dort geringere Anteile, wo der Industriearbeiteranteil hoch war. In den beiden Reichstagswahlen des Jahres 1932 schwächt sich diese Korrelation wieder ab.

In der NSDAP konnten die »Zentrumsabtrünnigen« und die Neu- oder Erstwähler eine konsequente Verfechterin ihrer bäuerlich-ständischen Interessen erhoffen, eine Verfechterin, die diese Interessen als besonders rechtschaffene und ehrbare darzustellen wußte. Standesinteresse, Standesehre und nationale Ehre fielen für den kleinbäuerlichen NSDAP-Wähler zusammen. Der Dissens mit der Kirche wog demgegenüber weniger. Was könnte diesem Dissens, zu einem Zeitpunkt, als er in Baden offenkundig war, also vor der Juli-Wahl 1932, den Stachel des schlechten Gewissens genommen haben?

Die Weltwirtschaftskrise hatte nur scheinbar mit dem Börsenkrach vom 25. Oktober 1929 begonnen. Schon Ende 1928 hatte sich die Rezession bemerkbar gemacht, und die Agrarkrise spitzte sich seitdem noch zu. In das Jahr 1930 fällt jenes Ortsbereisungsprotokoll, in dem vom Mißmut der Bauern Niederhausens über die Einfuhr von Schweinen aus Ostpreußen und vom Mißverhältnis der Preise für Industriegüter und landwirtschaftliche Produkte die Rede ist. Diese Preisschere hatte sich vor der Weltwirt-



Tabelle 8: Ausmaß des Zusammenhangs zwischen dem Anteil der Industriearbeiter an der Wohnbevölkerung und den Wahlberechtigtenanteilen der Parteien

RT-Wahl	Partei					
	SPD	Zentrum	DNVP	NSDAP	Landbund	NichtWähler
1920	+36	+26	-27	/	/	-43
1924I	+47	+24	-08	-18	-53	-13
1924II	+47	+31	-18	-32	-55	-31
1928	+50	+30	-34	+07	-30 (a)	-39
1930	+49	+28	-12	-50	/	-38
1932I	+44	+27	-33	-35	/	-37
1932II	+45	+29	-24	-33	Wir	-41

Anzahl der Gemeinden: 44 (gewichtet mit Einwohnerzahl)

a Deutsche Bauernpartei + Christl.-Nationale Bauern- u. Landvolkpartei

schaftskrise nochmals weiter geöffnet. Landwirtschaftliches Gerät und Düngemittel waren fast unerschwinglich, die Preise für landwirtschaftliche Güter dagegen so niedrig, daß sie »weit unter den Produktionskosten« (Ortsbereisungsprotokoll) lagen. Hintergrund war die weltweite agrarische Überproduktion, nicht zuletzt verursacht durch die ökonomisch nicht vom Krieg belastete USA. Für die Großagrarien wurden deren Auswirkungen zum Teil abgefangen durch Getreidezölle. Seit 1930 stieg der Roggenpreis so stark, daß er 1931 schon das Doppelte des Weltmarktpreises betrug. (21) Was dem ostelbischen Roggenproduzenten nützte, war der Schaden des badischen Kleinbauern, der zusätzliche Kosten für Futtermittel aufbringen mußte. Die Unzufriedenheit auf dem Dorf hatte hier ihren Grund.

In Baden griff die NSDAP diese Unzufriedenheit auf. Als Partei hatte sie für den Kleinbauern den Vorzug, den groß agrarischen Interessen nicht von vornherein, wie die Deutschnationalen das getan hatten, das Übergewicht zu lassen oder sich gar für dieses Übergewicht einzusetzen. Agrarpolitisch bewußte Kleinbauern, die dem Zentrum eine ebenso konsequente Vertretung kleinbäuerlicher Interessen nicht zutrauten, hatten hier ein Motiv für ihre Entscheidung zugunsten der NSDAP, sofern ihre religiöse Loyalität dieses Standesmotiv nicht überspielte.

In ihrer Skepsis gegenüber dem Zentrum konnten sie sich dann bestätigt sehen durch die Agrarpolitik der Brüning-Regierung, die die Getreidezölle zugunsten der Junker durchsetzte. Gleichzeitig war der Antikapitalismus der NSDAP nun reduziert auf eine das Ressentiment schürende, antisemitisch untermauerte, Plutokratiekritik. (22) Nachdem diese Kritik keine Feindlichkeit gegenüber dem Eigentum an Boden mehr enthielt, sprach sie nun auch dem Kleinbauern eher aus dem Herzen, als daß sie ihn noch verschreckte.

Die Weltwirtschaftskrise hatte ihren augenfälligen Ausdruck als Finanz- und Kreditkrise, die ihre Verlaufsform in Deutschland aus dem Rückzug internationalen Finanzkapitals erhielt. Verkettet waren die Finanzbeziehungen vor allem über die Reparationen. Frankreich und England waren wegen des Kriegs gegenüber den USA verschuldet. Die Reparationen, die sie von Deutschland forderten, sollten ihnen helfen, ihrerseits ihre Schulden gegenüber den USA abzutragen. Nicht zuletzt deshalb ist von dem Idealismus Wilsons, der im September 1918 von der kommenden Herrschaft unparteiischer Gerechtigkeit im 'Völkerleben' gesprochen hatte, aus nationalistischer Sicht nur die Phrase geblieben. Die nationalsozialistische Plutokratiekritik konnte daher umso leichter die Wirtschaftskrise als Resultat der Machenschaften vaterlandsloser Finanzkapitalisten darstellen, zu deren Vorteil das Reparationen zahlende Volk sich verbrauchen mußte. Die Kreditrückforderungen hatten sich vor der Wahl von 1930 noch in Grenzen gehalten. Sie massierten sich vor dem Höhepunkt nationalsozialistischer Wahlerfolge (1932) und machten Deutschland zum Kristallisationspunkt der Krise. In der organisierten Zurücknahme von Krediten spielte Frankreich eine Vorreiterrolle. Es reagierte damit auf die zwischen Deutschland und Österreich am 31. März 1931 vereinbarte Zollunion, in der es eine Verletzung des Versailler Anschlußverbots sah. Die Finanzkrise in Deutschland konnte so plausibel als Ausdruck der »Zinsknechtschaft« Deutschlands gedeutet werden.

Es bleibt nun das Rätsel, weshalb es dem politischen Katholizismus in den beiden Häusern nicht gut gelang, den ständisch geprägten Nationalismus, der für diese Argumentation ein offenes Ohr hatte, zu relativieren. Die beiden Häuser gehen weit bereitwilliger zu der NSDAP über, als das sonst in katholischen Dörfern üblich war. Besonders der Erfolg der NSDAP in Oberhausen ist in seiner Höhe überraschend.

## 2. Die Abweichung der beiden Dörfer von ihrem Typus

Allgemein gilt für das Deutsche Reich, daß die NSDAP auf dem katholischen Land am schlechtesten abschneidet, am besten auf dem evangelischen Land (Hänisch 1983, Falter 1991). Wie Tabelle 9 zeigt, gilt dieser Zusammenhang auch für den Amtsbezirk Emmendingen.

Tabelle 9: Mittlerer NSDAP-Anteil nach Gemeindetypus<sup>13</sup>

Konfession	Einwohnerzahl 1925	
	"Stadt" 2000 und mehr	"Land" weniger als 2000
über 50% katholisch	21,0%	16,5% OH: 31,8% NH: 25,5%
über 50% evangelisch	30,0%	41,1%

Anzahl der Gemeinden: 42 (gewichtet mit Wahlberechtigten; "Katholisches Land" ohne Niederhausen und Oberhausen)

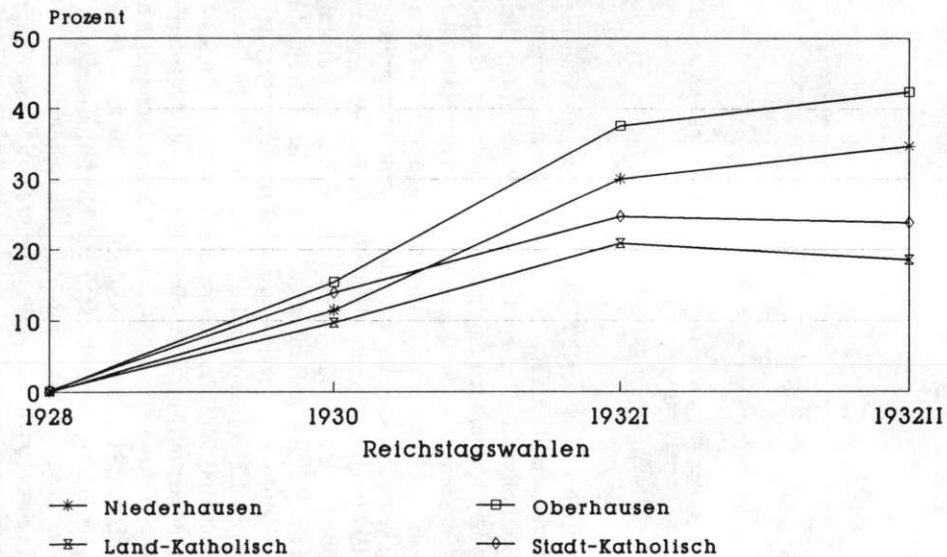
Im Durchschnitt lag der NSDAP-Anteil an den Wahlberechtigten, alle drei Reichstagswahlen 1930, 1932I, 1932II zusammengenommen, für die größeren katholischen Gemeinden bei 21 Prozent, für die kleineren, katholischen Landgemeinden dagegen etwas niedriger, nämlich bei 16,5 Prozent. In den *evangelischen* Gemeinden liegt der NSDAP-Anteil deutlich höher als in den katholischen, und *die Abhängigkeit von der Stadt-Land-Einteilung kehrt sich um*: Bei den überwiegend evangelischen Gemeinden ist der NSDAP-Anteil in den kleineren, ländlichen Gemeinden *höher* als in den größeren. Die *Abhängigkeit* kehrt sich nicht nur um. Sie ist außerdem *stärker*. Bei den katholischen Gemeinden beträgt der Unterschied zwischen »Land« und »Stadt« nur 4,5 Prozentpunkte, bei den evangelischen dagegen 11,1 Prozentpunkte.

Katholisch-ländliche Gemeinden brachten also der NSDAP in der Regel die größten Reserven entgegen. Nicht so Ober- und Niederhausen. Sie weichen stark von ihrem Typus ab. Das gilt besonders deutlich für Oberhausen, das sich mit 31,8 Prozent NSDAP-freundlicher verhält als der Typus »Evangelisch-Stadt«, abgeschwächt für Niederhausen, das sich ebenfalls etwa wie der Typus »Evangelisch-Stadt« entscheidet.

*Obwohl beide Gemeinden, stellt man ihre Größe und Konfession in Rechnung, zu der Gruppe mit den niedrigsten NSDAP-Anteilen zählen müßten, gilt fast das Gegenteil.* Der NSDAP-Anteil liegt insbesondere bei Oberhausen ziemlich nah an dem Bereich, der in der Regel von evangelischen Landgemeinden erreicht wird.

Die Abweichungen der beiden Hausen von ihrem Typus (den katholisch-ländlichen Gemeinden) sowie den eher städtischen katholischen Gemeinden sind in Abbildung 3 dargestellt. (24)

Abbildung 3: NSDAP-Entwicklung  
in Niederhausen, Oberhausen und  
den katholischen Gemeinden



In Prozent der Wahlberechtigten

Während in den sonstigen ländlichen katholischen Gemeinden des Amtsbezirks der NSDAP-Anteil langsamer zunimmt, haben die beiden Hausen die aus dem Katholizismus entspringende Zurückhaltung gegenüber der NSDAP rascher aufgegeben. Die NSDAP-Anteile liegen im fraglichen Zeitraum auch (mit wachsendem Abstand) praktisch immer höher als in den eher städtischen katholischen, ja zum Teil selbst den städtischen evangelischen Gemeinden (vgl. Abbildung 4).

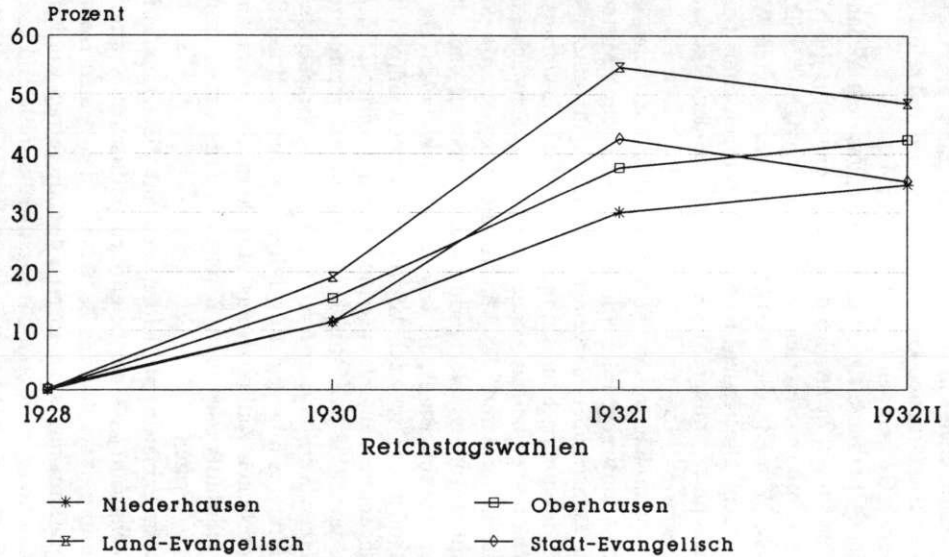
Vor allem Oberhausen zeigt ein Muster, das dem Verlauf für evangelische Dörfer ähnelt. Zwar wird das Niveau dieses für die NSDAP günstigsten Verlaufs nie ganz erreicht und der Übergang zur NSDAP erfolgt weniger rasch. Während die NSDAP aber in der zweiten Wahl des Jahres 1932 auf ihrem günstigsten Terrain, im evangelischen Land, einen Einbruch hinnehmen muß, (25) steigt in den beiden Hausen der NSDAP-Anteil stets an.

Das Zentrum hat in den beiden Hausen nicht die immunisierende Kraft, die es sonst gegen die NSDAP ausübte. Schon Mitte der zwanziger Jahre gab es, wie oben dargelegt, Anzeichen für eine spezifisch lokale Schwäche des politischen Katholizismus. Eine Erklärung der NSDAP-Freundlichkeit der beiden Hausen muß diese Schwäche des politischen Katholizismus erklären. So könnte die *Konfessionstreue* (Kirchgang, Sakramentenempfang) hier geringer gewesen sein, oder das Vorfeld des politischen Katholizismus, die *katholischen Verbände* (DJK, Kolping) waren nicht oder nur schwach vertreten, während umgekehrt der Kirche neutral gegenüberstehende *Vereine* oder *landwirtschaftliche Standesvertretungen* die lokale politische Kultur zu prägen vermochten. Schließlich kann es einen *Kern aktiver Nationalsozialisten* gegeben haben, denen es durch besonderes Engagement gelungen ist, die traditionellen Bindungen an den politischen Katholizismus zu lockern und neben anderen die zwischen Standesinteressen und Kirchenbindung schwankenden Wechselwähler zu gewinnen.

Alle diese Erklärungen richten sich auf die *Organisationskraft* oder *Mobilisierungsfähigkeit* der beteiligten politischen Kräfte. Sie legen alle die Vermutung nahe, daß das Zentrum in den beiden Hausen eine geringere Integrationskraft besaß. Es muß deshalb gefragt werden, wie plausibel diese Annahme ist, oder ob nicht sozialstrukturelle und sonstige Faktoren die Integrationsschwäche des Zentrum in den beiden Hausen größer erscheinen lassen, als sie tatsächlich ist.

Das typische Wahlverhalten haben wir bisher bestimmt, indem wir in katholisch-ländliche, katholisch-städtische, evangelisch-städtische und schließlich evangelisch-ländliche Gemeinden unterschieden. Eine solche Typenbildung eignet sich gut für einen ersten Überblick, bleibt aber relativ ungenau. So wird das katholische Milieu in einem Dorf mit nur 200 Einwohnern vermutlich anders wirken als in einer größeren Gemeinde von

Abbildung 4: NSDAP-Entwicklung  
in Niederhausen, Oberhausen und  
den evangelischen Gemeinden



In Prozent der Wahlberechtigten

knapp 2000 Einwohnern. Beide Gemeinden würden aber nach dem bisherigen Vorgehen unterschiedslos dem katholisch-ländlichen Typus zugeordnet. Ebenso dürfte das katholische Milieu in einem fast vollständig katholischen Ort sich von dem einer Gemeinde mit ausgeprägter protestantischer Minderheit unterscheiden. Wollen wir also das typische Wahlverhalten genauer bestimmen, so wird es erforderlich, die ganze Bandbreite der Ortsgröße und der konfessionellen Prägung einer Gemeinde zu berücksichtigen. Dies ist möglich durch das Verfahren der *multiplen Regressionsanalyse*. Abhängiges Merkmal ist dabei im folgenden der NSDAP-Anteil (an den Wahlberechtigten), erklärende Merkmale sind im Grundmodell der Katholikenanteil sowie die Ortsgröße.

Nach den Vorgaben der Theorie des politischen Konfessionalismus Burnhams (1972) wie auch vor dem Hintergrund der empirischen Befunde für das ganze Deutsche Reich können wir davon ausgehen, daß Konfession und Ortsgröße die NSDAP-Wahl nicht in einer additiven Weise beeinflussen, sondern miteinander *interagieren* (vgl. dazu Falter 1991: 186). Während katholisch-ländliche Gemeinden die größte Resistenz gegenüber der NSDAP besitzen, sind demgegenüber evangelisch-ländliche Gemeinden der beste Nährboden für die nationalsozialistische Ausbreitung. Um ein diesen Vorgaben entsprechendes, typisches Wahlverhalten bestimmen zu können, wir verwenden dafür den Begriff der Norm, werden wir stets einen Interaktionsterm zwischen dem Katholikenanteil und der Ortsgröße berücksichtigen. (26) Die *Norm* für den NSDAP-Anteil bezeichnet die Schätzung des NSDAP-Anteils, der durch das jeweilige Regressionsmodell *theoretisch* erwartet wird (im Gegensatz zum tatsächlichen NSDAP-Anteil). Niederhausen und Oberhausen gehen selbstverständlich nicht in die Schätzung ein. Die Norm berechnet sich durch Einsetzen der jeweiligen Werte der erklärenden Merkmale für die beiden Gemeinden in die geschätzte Gleichung. Wir beschränken unsere Analyse auf die Reichstagswahl vom Juli 1932. (27)

Für das Grundmodell mit den erklärenden Merkmalen Katholikenanteil und Ortsgröße (sowie einem Interaktionsterm der beiden Merkmale) erhalten wir eine Varianzklärung von 77 Prozent, so daß wir die für Oberhausen und Niederhausen zu schätzenden NSDAP-Anteile guten Gewissens als »typisch« ansehen können (Tabelle 10). Für die Gemeinde Oberhausen beträgt die daraus errechnete Norm 20 Prozent. Einem tatsächlichen NSDAP-Anteil (an den Wahlberechtigten) in Oberhausen im Juli 1932 von 38 Prozent entspricht also eine um 18 Punkte niedriger liegende Norm. Nach dem Grundmodell beträgt damit die lokale Abweichung, gemessen am übergeordneten Kontext des Amtsbezirks, 18 Prozentpunkte.

Es fragt sich nun, ob diese Abweichung Oberhausens, die aus mangelnder Integrationskraft des Zentrum entspringen könnte, geringer wird,

wenn man nicht nur den Katholikenanteil und die Einteilung der Gemeinden nach der Ortsgröße in die Überlegungen einbezieht, sondern darüber hinaus Faktoren, die die ländliche Industrie und den landwirtschaftlichen Betriebstyp erfassen. Kommen wir zuerst zur ländlichen Industrie. Hier könnte man daran denken, den Anteil der Industriearbeiter in das Regressionsmodell einzubeziehen, der schwach negativ mit der NSDAP-Wahl korreliert ist (vgl. Tabelle 8). Ein ähnlicher Indikator ist der Anteil der Pendler an der Wohnbevölkerung. Von beiden Indikatoren für die Bedeutung der ländlichen Industrie erreicht allein der Pendleranteil eine, wenn auch nur leichte, Erhöhung der ohnehin schon sehr hohen Varianzerklärung des Modells. Die Abweichung Oberhausens von der Norm bleibt mit 18 Prozentpunkten allerdings unverändert.

Tabelle 10: Die Größe des lokalpolitischen Faktors bei der Reichstagswahl 19321 in Oberhausen (Teil 1: Berücksichtigung unterschiedlicher Industrialisierung der Gemeinden)

Norm für den NSDAP-Anteil bei Berücksichtigung ...	
des Katholikenanteils und der Ortsgröße	des Katholikenanteils, der Ortsgröße, des Anteils der Pendler
Norm	20%
Anteil NSDAP in Oberhausen	38%
Differenz	18

Bestimmtheitsmaß in %: 77

Bestimmtheitsmaß in %: 80

Bestimmtheitsmaß (adjustiert) in %: 75

Bestimmtheitsmaß (adjustiert) in %: 78

Anzahl der Gemeinden: 42 (gewichtet mit Einwohnerzahl;  
ohne Niederhausen und Oberhausen)

Die Gemeinden des Amtsbezirks Emmendingen unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich des Ausmaßes, in dem sie von der Industrialisierung erfaßt werden. Darüber hinaus gibt es innerhalb der Landwirtschaft Unterschiede, die den NSDAP-Erfolg beeinflussen können. Zwei Arten solcher Unterschiede kommen vor allem in Betracht, die Richtung der landwirtschaftlichen Spezialisierung und die Betriebsgröße.



Tabelle 11: Die Größe des lokalpolitischen Faktors bei der Reichstagswahl 1932I in Oberhausen (Teil 2: Berücksichtigung der Bedeutung kleinerer Bauernhöfe)

Norm für den NSDAP-Anteil bei Berücksichtigung ...	
des Katholikenanteils und der Ortgröße	des Katholikenanteils, der Ortsgröße, der Bedeutung kleinerer Bauernhöfe
Norm	20%
Anteil NSDAP in Oberhausen	38%
Differenz	18

Bestimmtheitsmaß in %: 77

Bestimmtheitsmaß in %: 77

Bestimmtheitsmaß (adjustiert) in %: 75

Bestimmtheitsmaß (adjustiert) in %: 75

Anzahl der Gemeinden: 42 (gewichtet mit Einwohnerzahl;  
ohne Niederhausen und Oberhausen)

Was die landwirtschaftliche Spezialisierung betrifft, so gibt es im Amtsbezirk einen positiven Zusammenhang zwischen Weinbau und NSDAP-Wahl. Gemeinden, die einen höheren Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche dem Weinbau widmen, weisen auch einen höheren NSDAP-Anteil auf. Das gilt unabhängig von der Ortsgröße und der vorherrschenden Konfession. Als Erklärung für den besonders hohen NSDAP-Anteil der beiden Hausen kommt eine mit dem Weinbau verbundene politische Tradition indessen nicht in Frage. Im Gegenteil: Weinbau spielt in beiden Dörfern keine Rolle, so daß unter diesem Blickwinkel ein niedrigerer NSDAP-Anteil zu erwarten wäre.

Weiterhin soll die Bedeutung kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe - erfaßt als Anzahl der Bauernhöfe mit einer Fläche zwischen 2 und 10 Hektar, bezogen auf die Wohnbevölkerung einer Gemeinde - bei der Berechnung der Norm berücksichtigt werden. Diese »Bedeutung kleinerer Bauernhöfe« korreliert bei den Wahlen 1930, 1932I und 1932II schwach positiv mit der Wahl der NSDAP. Im multivariaten Modell führt dieses Merkmal jedoch weder zu einer Verbesserung der Gesamterklärung noch zu einer Änderung des Vorhersagewertes. (28)

Man mag es drehen und wenden wie man will, es gibt eben einen Stimmenüberschuß zugunsten der NSDAP, der (zumindest mit den uns verfügbaren Daten) nicht sozialstrukturell erklärt werden kann. Dieser Überschub ist dann wohl auf lokalpolitische Besonderheiten zurückzuführen, die ihrerseits die lokale Schwäche des Zentrum erklären.

Noch ein Wort zu den Unterschieden zwischen Oberhausen und Niederhausen. Auch in Niederhausen erhält die NSDAP einen Stimmenüberschuß. Aus den Abbildungen 3 und 4 geht hervor, daß er geringer auszufallen scheint als in Oberhausen. Berechnet man jedoch für Niederhausen die Normen in gleicher Weise, erkennt man, daß der lokalpolitische Faktor wohl doch größer ist, als dies ursprünglich anzunehmen war (Tabellen 12 und 13).

Tabelle 12: Die Größe des lokalpolitischen Faktors bei der Reichstagswahl 1932 in Niederhausen (Teil 1: Berücksichtigung unterschiedlicher Industrialisierung der Gemeinden)

Norm für den NSDAP-Anteil bei Berücksichtigung ...	
des Katholikenanteils und der Ortsgröße	des Katholikenanteils, der Ortsgröße, des Anteils der Pendler
Norm ... 18%	14%
Anteil NSDAP 30%	30%
Differenz 12	16

Bestimmtheitsmaß in %: 77

Bestimmtheitsmaß in %: 80

Bestimmtheitsmaß (adjustiert) in %: 75

Bestimmtheitsmaß (adjustiert) in %: 78

Anzahl der Gemeinden: 42 (gewichtet mit Einwohnerzahl;  
ohne Niederhausen und Oberhausen)

Niederhausen hat im Verhältnis zur Bevölkerungszahl deutlich mehr Pendler als Oberhausen. Dies senkt aber, unserem Regressionsmodell zufolge, in der Regel den Anteil der NSDAP. Der aus der Sozialstruktur Niederhausens zu erwartende Anteil der NSDAP an den Wahlberechtigten sinkt deshalb, die Differenz zum tatsächlichen Wahlverhalten vergrößert sich. Die Berücksichtigung des landwirtschaftlichen Betriebstyps führt da-

Tabelle 13: Die Größe des lokalpolitischen Faktors bei der Reichstagswahl 1932I in Niederhausen (Teil 2: Berücksichtigung der Bedeutung kleinerer Bauernhöfe)

Norm für den NSDAP-Anteil bei Berücksichtigung ...			
des Katholikenanteils und der Ortsgröße		des Katholikenanteils, der Ortsgröße, der Bedeutung kleinerer Bauernhöfe	
Norm	18%		18%
Anteil NSDAP	30%		30%
Differenz	12		12

Bestimmtheitsmaß in %: 77

Bestimmtheitsmaß in %: 77

Bestimmtheitsmaß (adjustiert) in %: 75

Bestimmtheitsmaß (adjustiert) in %: 75

Anzahl der Gemeinden: 42 (gewichtet mit Einwohnerzahl;  
ohne Niederhausen und Oberhausen)

gegen wie in Oberhausen zu keiner Veränderung des erwarteten Wahlverhaltens.

Der lokalpolitisch zu erklärende NSDAP-Stimmenüberschuß scheint in Niederhausen fast gleich groß wie in Oberhausen, auch wenn die NSDAP in Niederhausen stets einen geringeren Anteil der Wahlberechtigten für sich gewinnen kann. Der Vergleichsmaßstab für Niederhausen muß eben niedriger angesetzt werden als für Oberhausen, wird aber fast im selben Ausmaß überboten wie in Oberhausen. In Oberhausen liegt der Stimmenüberschuß, der nicht durch sozialstrukturelle Merkmale erklärt werden kann, der lokalpolitische Faktor, bei 18 Prozentpunkten, in Niederhausen nach Tabelle 12 bei 16 Prozentpunkten. Der Stimmenüberschuß zugunsten der NSDAP ist in beiden Dörfern also in etwa gleich groß, wenn man diesen Überschuß an einer möglichst genau berechneten Norm bemißt.

Das hieße, daß für beide Dörfer in gleichem Maß nach einer lokalpolitischen Erklärung des NSDAP-Erfolgs gesucht werden müßte. Nun müssen wir jedoch bedenken, daß sich die bisherige Bestimmung der Norm lediglich an der sozialdemographischen und konfessionellen Einordnung

der beiden Hausen orientierte. Wir konnten aber im vorhergehenden Abschnitt zeigen, daß der parteipolitischen Repräsentation landwirtschaftlicher Interessen eine große Bedeutung für das Wahlverhalten im gesamten Amtsbezirk und vor allem auch für die Gemeinde Niederhausen zukommt. Wo der Landbund im Jahre 1924 stark war, erzielte die NSDAP ab 1930 überdurchschnittliche Ergebnisse. Gerade für Niederhausen sollte deshalb die Berücksichtigung der *Mobilisierung landwirtschaftlicher Interessenlagen* - gemessen durch die Zustimmung zum Landbund - zu einem geringeren Stimmenüberschuß, also einer besseren Erklärung des Stimmverhaltens, führen.

Tabelle 14: Die Größe des lokalpolitischen Faktors bei der Reichstagswahl 19321 in Niederhausen (Teil 3: Berücksichtigung der Wahl des Landbunds bei der Reichstagswahl 19241)

Norm für den NSDAP-Anteil bei Berücksichtigung ...		
des Katholikenanteils und der Ortsgröße		des Katholikenanteils, der Ortsgröße, der Wahl des Landbunds bei der ersten Reichstagswahl 1924
Norm	18%	21%
Anteil NSDAP	30%	30%
Differenz	12	9

Bestimmtheitsmaß in %: 77

Bestimmtheitsmaß in %: 79

Bestimmtheitsmaß (adjustiert) in %: 75

Bestimmtheitsmaß (adjustiert) in %: 76

Anzahl der Gemeinden: 42 (gewichtet mit Einwohnerzahl; ohne Niederhausen und Oberhausen)

Dies trifft für Niederhausen in der Tat zu. Stellt man für Niederhausen die Zustimmung zum Landbund bei der ersten Reichstagswahl des Jahres 1924 in Rechnung, so weicht das tatsächliche Wahlverhalten nur noch um 9 Prozentpunkte von der Norm ab. In Oberhausen bleibt das lokalpolitische Residuum bei 18 Prozentpunkten. Vergleichen wir für beide Gemeinden die so bestimmten Normen, dann steht einem NSDAP-Stimmenüberschuß von 18 Punkten in Oberhausen nur noch ein Überschuß von 9 Punkten in Niederhausen gegenüber.

Es spricht so gesehen vieles dafür, daß es der NSDAP gelang, in *Niederhausen* die Nachfolge des (evangelischen) Landbunds anzutreten. Schon in den frühen zwanziger Jahren mußte das Zentrum erfahren, daß Niederhausen seine landwirtschaftlichen Interessen durch den Landbund repräsentiert sehen wollte. Als ab 1930 die NSDAP den Landbund zuerst unterwandert, dann als Partei an dessen Stelle tritt, können die Wähler Niederhausens ihre Wahlentscheidung wie schon in den Reichstagswahlen des Jahres 1924 direkt auf ihre landwirtschaftlichen Interessen gründen. Gleichwohl bleibt auch in Niederhausen eine nicht weiter reduzierbare Abweichung von (mindestens) 9 Prozentpunkten.

In *Oberhausen* dürfte der Aufstieg der Nationalsozialisten zumindest zum Teil anders zu erklären sein. Hier bleibt bei allen Spezifikationen ein großer Stimmenüberschuß der NSDAP. Eine geringere Bekenntnistreue kann in Oberhausen nicht für die Schwäche des Zentrum - umgekehrt: für die Anfälligkeit gegenüber der NSDAP - verantwortlich gemacht werden, genausowenig wie in Niederhausen. In beiden Hausen entspricht der Anteil österlichen Sakramentenempfangs dem Üblichen. Auch zeigen sich im Anteil der Kirchenbesucher an ausgewählten Stichtagen keine Auffälligkeiten, die auf eine geringere Bekenntnistreue schließen ließen. (29)

*Es scheint nach allem nicht eine besondere Schwäche der Bindung an die Kirche, sondern eine besondere Stärke der örtlichen NSDAP-Parteiarbeit gewesen zu sein, die zu dem Einbruch in das Stimmenpotential des Zentrum geführt hat.* Ortskundigen drängt sich dieser Eindruck durchaus auf. So deutet vieles darauf hin, daß besonders Oberhausen über einen wirksamen, mobilisierenden organisatorischen NSDAP-Kern verfügte. (30) Es ist dies ein weiteres Indiz dafür, in welchem Ausmaß die Wahlerfolge der NSDAP das Ergebnis einer konsequent organisierten Ortsgruppenarbeit waren, getragen von einem Kern von Aktivisten, die die örtlichen Sorgen und Nöte aufzugreifen und mit einem Programm der ständischen und nationalen Ehre zu verbinden wußten.

## Notes

- (1) »If one wishes to determine the causes for the spread of National Socialism, these regional differences cannot be ignored but must be incorporated into the explanation. Indeed, the purpose in undertaking regional case studies on this theme is to examine the processes of political reorientation at the grassroots and to explain the varying degrees of electoral support for the National Socialist movement by examining the role of regional preconditions« (Zofka 1986: 37).
- (2) »In der Regel bleibt die Frage nach den Beziehungen zwischen Allgemeinem und Besonderem und damit auch die nach dem Stellen-

wert sowie der Aussagekraft der Regionen ungestellt; implizit geht daraus hervor, daß die Studien keinen Bezug zur Faschismustheorie haben und demzufolge nicht in der Lage sind, *Auswahlkriterien* bezüglich der Wahl des Ortes oder der Region und der vor Ort zu berücksichtigenden Materialien und Themenschwerpunkte begründet mitzuteilen. So wird nirgends systematisch darauf eingegangen, ob die NSDAP im Kontext anderer (welcher?) Parteien und Verbände untersucht werden muß, welche Dimensionen der NSDAP und der lokalen Politik berücksichtigt werden müssen« (Hennig 1980: 156).

- (3) Der vorliegende Aufsatz geht aus einem von Anton Wild in die Wege geleiteten Projekt hervor, das sich die Geschichte der lokalen politischen Kultur der Gemeinden Ober- und Niederhausen im Kontext des Kreises (Amtsbezirks) Emmendingen zum Gegenstand macht. Wir richten in diesem Aufsatz unser Augenmerk vor allem auf die Reichstagswahlen in der Zeit der Weimarer Republik, klammern also die Wahlen des Kaiserreichs und der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ebenso aus wie innerhalb der Weimarer Republik die Reichspräsidentenwahlen. Die Volksentscheide und die Landtagswahlen, insbesondere die Landtagswahl des Jahres 1929, finden in ihrem Zusammenhang mit den Reichstagswahlen Berücksichtigung. Wir klammern die genannten Wahlen hier aus, nicht weil sich eine Beschäftigung mit ihnen nicht lohnte, sondern weil sie im Gegenteil eine eigene, von diesem Beitrag abgetrennte, Untersuchung verdienen.
- (4) Der Landrat nahm, zusammen mit dem jeweiligen Bezirksrat, die einzelnen Gemeinden in regelmäßigen Abständen in Augenschein. Das Ergebnis dieser »Ortsbereisungen« wurde im »Tagebuch der Ortsbereisung« festgehalten. Die im folgenden verwendeten Auszüge stammen aus dem Gemeindearchiv der Gemeinde Rheinhausen.
- (5) Zur Geschichte der beiden Gemeinden Niederhausen und Oberhausen vgl. den Aufsatz von Anton Wild (1992).
- (6) Absatzeinbußen im Bereich der Handelsgewächse bewegten immer mehr Landwirte, sich über die Milchproduktion ein Ersatz Einkommen zu schaffen (Schäfer 1979: 174). Über Niederhausen heißt es im Ortsbereisungsprotokoll vom Juni 1930: »Die im Orte gewonnene Milch geht an die städt. Milchzentrale in Offenburg, die einen Stallpreis von 19 Pfg. bezahlt, während der Konsumentenpreis in Offenburg 34 Pfg. betragen soll.« Steigende Milchproduktion zwang Anfang der dreißiger Jahre zu einer Neuorganisation des Milchabsatzes (Schäfer 1979: 174).
- (7) Bisher war immer von drei Fabriken die Rede. Entweder ist eine neue Filiale hinzugekommen oder es handelt sich um ein Versehen.

- (8) Paul (1990) nimmt in seiner Arbeit eine Relativierung der im deutschen Sprachraum vor allem von Stachura (1978) vertretenen These einer strategischen Reorientierung der NSDAP nach 1928 vor. Demnach ist die NSDAP-Propaganda auch *nach* 1928 noch hauptsächlich auf die Arbeiterschaft konzentriert, bezieht jedoch im Rahmen einer zunehmend ausdifferenzierten *Zielgruppenpropaganda* auch Bevölkerungsgruppen wie die Bauern ein.
- (9) Der Young-Plan (7. Juni 1929) änderte die deutschen Reparationsverpflichtungen, also die Kriegsschädigungen, die das Deutsche Reich gegenüber den Siegermächten leisten mußte. Die Art und Weise der Kriegsschädigung war davor im Dawes-Plan geregelt. Gegenüber dem Dawes-Plan brachte der Young-Plan unter anderem folgende Änderungen: Die Laufzeit der Reparationsleistungen wird festgesetzt. Sie sollte bis 1988 dauern. Für die letzten 22 Jahre der Laufzeit wurden die deutschen Verpflichtungen so gestaltet, daß Frankreich und England damit ihre Kriegsschuld gegenüber den USA begleichen können sollten. Während der Dawes-Plan noch offen ließ, wann und bei welchen Bedingungen die deutsche Kriegsschuld beglichen ist, setzte der Young-Plan die Bedingungen der endgültigen Erfüllung fest.
- (10) »Beim Kampf um den Young-Plan war zwischen den Deutschnationalen und Nationalsozialisten eine Bundesgenossenschaft zustande gekommen, in der die Historik *den eigentlichen Start Adolf Hitlers zur Machtergreifung* erblicken möchte« (Bechtel 1967: 447). Zu einer eher relativierenden Bewertung vgl. Jung (1989).
- (11) »Schwarzer Freitag« am 25. Oktober 1929. Badische Landtagswahl am darauf folgenden Sonntag, den 27. Oktober.
- (12) Wenn in ein und demselben Jahr zwei Reichstagswahlen stattfanden, wird die erste mit »I«, die zweite mit »II« gekennzeichnet, z.B. 1924I und 1924II.
- (13) Die Daten zu den Reichstagswahlen im Amtsbezirk Emmendingen sowie zur Sozialdemographie der einzelnen Gemeinden wurden uns vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt. Wir danken Herrn Eichfuss für die freundliche Unterstützung. Zur genaueren Beschreibung der Datengrundlage vgl. den Anhang.
- (14) Hitler hat dieser Rechtswendung zusätzlich einen antisemitischen Inhalt gegeben. Er veröffentlichte am 13. April 1928 einen Zusatz zu Punkt 17 des Parteiprogramms von 1920: »Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 des Parteiprogramms der NSDAP von Seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig: Da die NSDAP auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus 'unentgeltliche Enteignung' nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf un-

*rechtmäßige Weise erworben* wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die *jüdischen Grundstücksspekulationsgesellschaften*« (Hervorhebung abgeändert, zitiert nach Stachura (1978: 80)).

- (15) Nach der Reichstagswahl vom 14. September 1930.
- (16) »Wie der junge Faschismus sich in Norditalien schwerindustriell und in Süditalien kleinbäuerlich gerierte, so wäre der Nationalsozialismus - in Wirklichkeit von schwerindustriellen Geldgebern bestimmt - im Badenschen kleinbäuerlich, in Ostelbien großagrarisches, in Süddeutschland ausgesprochen mittelständisch-kleinbürgerlich, während er in Berlin seinen Gegensatz zum Kapitalismus stark betonte. Immer je nach der sozialen Schicht, um die er vornehmlich in den verschiedenen Landschaften wirbt« (Neumann 1965 (erstmalig 1932): 77).
- (17) In diesem Sinne das Zitat aus dem Tagebuch der Ortsbereisung Niederhausen vom 4. Juni 1930.
- (18) § 17 des Reichswahlgesetzes legte fest: »Beim Reichswahlleiter können ... Reichswahlvorschläge eingereicht werden. Sie müssen von mindestens zwanzig Wählern unterzeichnet sein.«
- (19) Der Badische Landbund kandidierte nur bei den beiden Reichstagswahlen des Jahres 1924 (Falter 1986 u.a.: 57).
- (20) Die weitgehende Immunität katholischer Wähler beziehungsweise katholischer Gemeinden gegenüber der NSDAP auch nach 1930, oder anders formuliert: die starke Bindung von Katholiken an das Zentrum, wird von Burnham (1972) durch eine *Theorie des politischen Konfessionalismus* erklärt.
- (21) Ab Juli 1929 hatte die Reichsregierung eine Zollvollmacht, »die ihr das Recht gab, ohne Heranziehung des Reichstages die Zollsätze nach eigenem Ermessen noch weiter zu erhöhen. Dies geschah mit solcher Konsequenz, daß der Doppelzentner Weizen schließlich mit 25 Reichsmark und Roggen mit 20 Reichsmark Zoll belastet wurde« (Lütge 1966: 555).
- (22) »Nationalsozialist sein heißt dann: antiproletarisch und antiplutokratisch denken und dahinter die vage Grundstimmung eines voroder frühkapitalistischen Wirtschaftsideals. Der kleine selbständige Unternehmer und Gewerbetreibende, der Kleinbauer auf eigener Scholle, handwerkliche Gesinnung der Arbeitenden und die Autarkie des geschlossenen nationalen Raumes« (Neumann 1965 (1932): 78).

Dieser plutokratiekritische Antikapitalismus, also die Kritik an der Herrschaft des großen Geldes, die Entgegensetzung von raffenden und schaffenden Händen, war der kleinste gemeinsame Nenner im



- Streit zwischen dem antikapitalistischen und nationalbolschewistischen Nordflügel der NSDAP um die Brüder Strasser und Goebbels einerseits und dem konservativ-nationalistischen Südflügel um Adolf Hitler.
- (23) Die Zuweisung der Gemeinden zu »Stadt« und »Land« folgt dem Vorgehen der deutschen amtlichen Statistik, ebenso Heberle (1963). Die Einteilung nach der Konfession entspricht dem Vorgehen in Falter/Hänisch (1986), die nach dem Kriterium der einfachen Mehrheit »katholisch« und »evangelisch« unterscheiden. Für unsere Daten fallen einfache und absolute Mehrheit zusammen.
  - (24) In Abbildung 3 sind Oberhausen und Niederhausen nicht in den durchschnittlichen NSDAP-Anteil von »Land-katholisch« eingegangen.
  - (25) Im Verlauf, wenn auch nicht im Niveau, folgen die evangelischen Gemeinden des Amtsbezirks Emmendingen der Durchschnittsbewegung in Baden, die ihrerseits wieder sehr eng der Durchschnittsbewegung im Reich folgt.
  - (26) Dadurch handelt man sich natürlich Multikollinearität zwischen dem Interaktionsterm und den konstituierenden Merkmalen ein. Vgl. dazu Friedrichs (1982) und Thome (1991).
  - (27) Die Sonderentwicklung der beiden Hausen setzt erst mit der Juli-Wahl 1932 ein. Die Reichstagswahl 1930 kann deshalb bei der Erklärung dieser Sonderentwicklung außer acht bleiben.
  - (28) Die Rangfolge der landwirtschaftlichen Betriebe drückt sich nicht nur in der Fläche des bearbeiteten Bodens aus, sondern auch in der Verfügung über Zugtiere. »Pferdebauern« können über eigs dafür unterhaltene Zugtiere verfügen, »Kuhbauern« nutzen ihre Kühe als Zug- und Milchvieh gleichzeitig, »Ziegenbauern« müssen das »Fuhrwerk« von verwandten oder benachbarten Pferdebauern ausleihen oder Handkarren benutzen: »Die Landwirte Georg Maurer, Eduard Maurer, Otto Lutz, Stephan Maurer beantragen eine Milderung der Sperrmaßregeln [bei Maul- und Klauenseuche] in der Richtung, daß sie wenigstens mit Kühen Grünfutter in der Gemarkung holen dürfen, da sie keine Pferde haben und das Futter nicht täglich auf Handkarren herbeigeschafft werden könne« (Ortsbereisungstagebuch vom 6. Mai 1925, Oberhausen). Das Merkmal der »Pferdedichte« (Anzahl der Pferde einer Gemeinde, bezogen auf die Wohnbevölkerung) schneidet aber, gemessen am standardisierten Regressionskoeffizienten oder an einer etwaigen Verbesserung der Gesamterklärung, ähnlich ab wie die »Bedeutung kleinerer Bauernhöfe«.
  - (29) Dies ergab die Auswertung der entsprechenden Teile der Kirchenstatistik für die Gemeinden des Amtsbezirks.
  - (30) Anton Wild führte hierzu in Oberhausen Interviews mit Zeitgenossen, die unsere Interpretation stützen. Aufgrund der möglichen

Identifizierbarkeit von Zeitgenossen und ihrer Familien müssen wir auf Belege verzichten.

## Literatur

- Allgeier, Rudi, 1982: Grenzland in der Krise. Die badische Wirtschaft 1928-1933, in: Thomas Schnabel (Hrsg.), Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928-1933, Stuttgart, 150-183.
- Bechtel, Heinrich, 1967: Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands. Wirtschaftsstile und Lebensformen von der Vorzeit bis zur Gegenwart, München.
- Beyer, Hans, 1965: Die Agrarkrise und das Ende der Weimarer Republik, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und -Soziologie, 13, 62-92.
- Bräunche, Ernst Otto, 1977: Die Entwicklung der NSDAP in Baden bis 1932/33, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, 125, N.F. 86, 331-375.
- Bräunche, Ernst Otto, 1982: Die NSDAP in Baden 1928 bis 1933. Der Weg zur Macht, in: Thomas Schnabel (Hrsg.), Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928-1933, Stuttgart, 15-48.
- Burnham, Walter Dean, 1972: Political Immunization and Political Confessionalism. The United States and Weimar Germany, in: Journal of Interdisciplinary History, 3, 1-30.
- Dann, Otto, 1983: Die Region als Gegenstand der Geschichtswissenschaft, in: Archiv für Sozialgeschichte, 23, 652-661.
- Falter, Jürgen W., 1986: Der Aufstieg der NSDAP in Franken bei den Reichstagswahlen 1924-1933. Ein Vergleich mit dem Reich unter besonderer Berücksichtigung landwirtschaftlicher Einflußfaktoren, in: German Studies Review, IX, 319-360.
- Falter, Jürgen W./Hänisch, Dirk, 1986: Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928-1933, in: Archiv für Sozialgeschichte, 26, 179-216.
- Falter, Jürgen/Lindenberger, Thomas/Schumann, Siegfried, 1986: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, München.
- Falter, Jürgen W., 1991: Hitlers Wähler, München.
- Falter, Jürgen W./Bömermann, Hartmut, 1991: Die unterschiedlichen Wahlerfolge der NSDAP in Baden und Württemberg: Ergebnis differierender Sozialstruktur oder regionalspezifischer Faktoren?, in: Dieter Oberndörfer/Karl Schmitt (Hrsg.), Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, 283-298.

- Faris, Ellsworth, 1975: Takeoff Point for the National Socialist Party: The Landtag Election in Baden, 1929, in: *Central European History*, 8, 140-171.
- Fenske, Hans, 1981: *Der liberale Südwesten. Freiheitliche und demokratische Traditionen in Baden und Württemberg 1790-1933*, Stuttgart.
- Friedrich, Robert J., 1982: In Defense of Multiplicative Terms in Multiple Regression Equations, in: *American Journal of Political Science*, 26, 797-833.
- Gies, Horst, 1967: NSDAP und landwirtschaftliche Organisationen in der Endphase der Weimarer Republik, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 15, 341-376.
- Grill, Johnpeter Horst, 1983: *The Nazi Movement in Baden, 1920-1945*, Chapel Hill.
- HÄNISCH, Dirk, 1983: Sozialstrukturelle Bestimmungsgründe des Wahlverhaltens in der Weimarer Republik. Eine Aggregatdatenanalyse der Ergebnisse der Reichstags wahlen 1924-1933, Duisburg.
- Heberle, Rudolf, 1963: *Landbevölkerung und Nationalsozialismus: Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918-1932*, Stuttgart.
- Hennig, Eike, 1980: Regionale Unterschiede bei der Entstehung des deutschen Faschismus. Ein Plädoyer für »mikroanalytische Studien« zur Erforschung der NSDAP, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 21, 152-173.
- Hennig, Eike/Kieserling, Manfred/Schlegel-Batton, Thomas, 1990: Die zeitverschobene Wende zur NSDAP. Zur Auswirkung sozialmoralischer Milieus auf die Wahlergebnisse in drei ländlichen hessischen Kreisen, in: Detlef Lehnen/Klaus Megerle (Hrsg.), *Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen, 293-334.
- Jung, Otmar, 1989: Plebiszitärer Durchbruch 1929? Zur Bedeutung von Volksbegehren und Volksentscheid gegen den Youngplan für die NSDAP, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 15, 489-510.
- Kuhn, Frieder, 1977: Die französische Besetzung von Offenburg 1923/24, in: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins*, 125, N.F. 86, 316-329.
- Lais, Eduard, 1955: *Oberrhein als Glacis. Grenzlandwirtschaft zwischen zwei Weltkriegen*, in: Adolf Sauter (Hrsg.), *1880-1955. Eine Festschrift zum 75jährigen Bestehen der Industrie- und Handelskammer Freiburg*, S. 78-91.
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), 1979: *Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart*, Stuttgart.
- Lepsius, M. Rainer, 1966: *Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung*, Stuttgart.

- Lütge, Friedrich, 1966: Deutsche Sozial-und Wirtschaftsgeschichte, Berlin.
- Mayer, Lothar (Hrsg.), 1981: Der Kreis Emmendingen, Stuttgart.
- Neukirchen, Carl Heinz, 1956: Agrarverfassung, Sozialstruktur und Wahlentscheidung. Ein Beitrag zur Soziologie der Wähler auf dem Lande, aufgrund amtlicher Statistik dargestellt am Beispiel der Gemeinden des Landkreises Freiburg i. Br. (Dissertation Heidelberg), Heidelberg.
- Neumann, Siegmund, 1965 (erstmalig Berlin 1932): Die Parteien der Weimarer Republik, Stuttgart.
- Orlow, Dietrich, 1969: The History of the Nazi Party: 1919-1933, Pittsburgh.
- PASSCHIER, Nico, 1980: The Electoral Geography of the Nazi Landslide. The Need for Community Studies, in: Stein Ugelvik Larsen u.a. (Hrsg.), Who Were the Fascists, Bergen, 283-300.
- Paul, Gerhard, 1990: Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn.
- Schäfer, Hermann, 1979: Wirtschaftliche und soziale Probleme des Grenzlandes, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart, Stuttgart, 168-183.
- Stachura, Peter, 1978: Der kritische Wendepunkt? Die NSDAP und die Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 26, 66-99.
- Thome, Helmut, 1991: Modelling and Testing Interactive Relationships within Regression Analysis, in: Historical Social Research, 16, 21-50.
- Wallner, Ernst M., 1965: Die Reichstags- und Bundestagswahlen im Landkreis Freiburg seit der Jahrhundertwende, Bühl.
- Weber, Alexander, 1969: Soziale Merkmale der NSDAP-Wähler. Eine Zusammenfassung bisheriger empirischer Untersuchungen und eine Analyse in den Gemeinden der Länder Baden und Hessen (Dissertation Freiburg), Freiburg.
- Weller, Arnold, 1979: Sozialgeschichte Südwestdeutschlands, Stuttgart.
- Wild, Anton, 1992: Zur Geschichte von Ober- und Niederhausen (Manuskript), Emmendingen.
- Zofka, Zdenek, 1986: Between Bauernbund and National Socialism. The Political Reorientation of the Peasants in the Final Phase of the Weimar Republic, in: Thomas Childers (Hrsg.), The Formation of the Nazi Constituency 1919-1933, London, 37-63.

## Dokumente

Tagebücher über Ortsbereisungen für die Gemeinden Niederhausen und Oberhausen, 1921 bis 1930, Gemeindearchiv der Gemeinde Rheinhausen.

Kirchliche Statistik Deutschlands, Zählbogen B für die Dekanate bzw. Archipresbyteriate, Erzbistum Freiburg 1927 bis 1931.

## Anhang

Die in diesem Aufsatz verwendeten Daten zu den Reichstagswahlen und zur Sozialdemographie der 44 Gemeinden des Amtsbezirks Emmendingen wurden uns vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt. Dabei entstammen die Daten zur Sozialdemographie der Badischen Gemeindestatistik (Karlsruhe 1927), welche wiederum auf der Volks- und Berufszählung sowie der landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebszählung vom 16. Juni 1925 beruht.

Folgende 44 Gemeinden des Amtsbezirks Emmendingen gingen in die Analyse ein (Gebietsstand von 1924 bis 1936):

### Wohnbevölkerung am 16. Juni 1925

Amoltern	317
Bähungen	2214
Bisch offingen	567
Bleichheim	633
Bötzingen	2119
Bombach	405
Broggingen	583
Denzlingen	2076
Eich Stetten	1955
Emmendingen	8835
Endingen	2929
Forchheim	1062
Freiamt	2001
Hecklingen	537
Heimbach	659
Herbolzheim	3084
Holzhausen	529
Jechtingen	789
Kenzingen	2899
Kiechlinsbergen	759

Köndringen	<b>1485</b>
Königschaffhausen	927
Kollmarsreute	531
Leiselheim	360
Maleck	239
Malterdingen	<b>1659</b>
Mundingen	<b>1014</b>
Niederhausen	<b>909</b>
Nimburg	959
Nordweil	636
Oberhausen	1490
Ottoschwanden	1294
Reute	912
Riegel	<b>1522</b>
Sasbach	1061
Sexau	1365
Teningen	1919
Tbtschfelden	396
Vörstetten	859
Wagenstadt	648
Wasser	439
Weisweil	1409
Windenreute	<b>629</b>
Wyhl	2171